

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aundfunk“, „Sozialistische Literatur-Aundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 3 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 6 und Neue Talamstraße 11, Matthaistrasse 155, sowie durch alle Quatädler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmk. + 8 Pf. Lagergeld. — Bezugspreis monatlich 1,26 Rmk. + 24 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,46 Rmk.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Besetzn., Verfammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelaufene Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt!

Der Eisenkrieg

Uns wird geschrieben:

„Schafft eine neue Verhandlungs-Atmosphäre!“ So ruft die „Aölnische Zeitung“ den beiden Fronten zu, die sich zurzeit in der westdeutschen Eisenindustrie in erbittertem Ringen gegenüberstehen. Wie schafft man eine Verhandlungsatmosphäre? Nur dadurch, daß derjenige, der zuerst das Kriegsbeil ausgegraben hat, die Hand zum Frieden bietet. Nicht die Arbeiter — die Eisenbarone haben den ersten Schritt zum Frieden zu tun. Dieser Schritt kann nur darin bestehen, daß die Betriebe wieder aufgemacht werden. Die Antwort auf den Ruf nach Verhandlungsatmosphäre lautet: Dessen! die Betriebe!

Warum der Ruf nach Verhandlungsatmosphäre? Weil gewisse Leute sich einbilden, daß die Eisenbarone in neuen Verhandlungen einen Erfolg für sich herausholen und damit in dem ganzen Konflikt triumphieren werden. Der Plan der Diplomaten, die den Eisenbaronen sekundieren, ist klar: Verhandlungsatmosphäre — Verhandlungen — Einbeziehung der Arbeitszeitfrage — Schaffung eines neuen Abkommens, das — alles in allem — gewisse Vorteile für die Unternehmer sichert, und dann — Friedensschluß: Deffnung der Betriebe. Das wäre ein glattes Fiasko der Arbeiterschaft und der Reichsregierung. So gehts nicht. Schon der Schein, als ob die Eisenbarone bei ihrer Durchbrechung der Verbindlichkeitsklärung, bei ihrem Versuch, das Schlichtungswesen zu torpedieren, einen Erfolg erzielt haben, wäre gefährlich. Das vergessene gutgläubige Veröhnungsapostel. Die Arbeiterschaft ist gewiß bereit, den Wirtschaftsfrieden neu zu sichern. Aber das kann nur so geschehen, daß vor der gesamten Öffentlichkeit, vor allem vor der Arbeiteröffentlichkeit, ganz klar und ganz eindeutig die Respektierung des Schiedspruches und der Verbindlichkeitsklärung, die Respektierung des Hoheitsaktes des Staates durch die Unternehmer festgelegt wird. In diesem Punkt kann es keine Kompromisse geben. Hier ist jede Halbheit, Lauheit und Unklarheit verwerflich. Geht die Arbeiterschaft aus diesem Kampfe mit dem Gefühl heraus, daß Verbindlichkeitsklärungen nur für die Profiteure, nicht aber für die Barone gelten, dann ist das Ende des Schlichtungswesens da.

Wenn die Unternehmer Frieden wollen — warum machen sie nicht wenigstens den Versuch, den Schiedspruch anzuerkennen und unter ihm zunächst einmal bis zur Aufrollung der Arbeitszeitfrage im Dezember zu arbeiten? Man wird dann ja sehen, ob bis dahin die Eisenindustrie Nordwest bankrott gegangen ist. Beugt sich die Schwerindustrie nicht der Verbindlichkeitsklärung, dann kann der Kampf noch sehr lange dauern. Viele, sehr viele werden in diesem Kampf verbluten. Bereits jetzt kommen aus den Kreisen der weiterverarbeitenden Industrie allerlei Stobshochschaften. Viele Existenzen werden vernichtet werden. Die organisierte Arbeiterschaft betrachtet die Situation als ernst. Sie hat sich längst auf ein wochenlanges Ringen eingestellt, weil sie sich vom Hunger nicht kleintriegen lassen will.

Arbeitslosenunterstützung gibt es nach der soeben vom Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung getroffenen Entscheidung für die entlassenen Arbeiter zwar nicht, damit ist aber die Position der Arbeiter keineswegs gesichert. Die Frage, ob die entlassenen Arbeiter Arbeitslosenunterstützung erhalten oder nicht, war, wenn auch die Gewerkschaften für Unterstützung eintreten, vor vornherein zweifelhaft. Die organisierten Arbeiter, vor allem der in erster Linie in Frage kommende Deutsche Metallarbeiterverband, sind finanziell sehr wohl gerüstet — auch für eine wochenlange Auspersung. Und die Unorganisierten? Für sie muß nunmehr selbstverständlich die Wohlfahrtspflege einspringen. Daß die Gemeinden die Lasten, die ihnen aus einer Inanspruchnahme der Wohlfahrtspflege durch die Unorganisierten erwachsen, nicht tragen können, liegt auf der Hand. Hier müssen Preußen und das Reich zu Hilfe eilen. Beide sind dazu moralisch verpflichtet; denn die Mißachtung der Verbindlichkeitsklärung, eines Hoheitsaktes des Staates, bedroht die Staatsautorität. Die Arbeiterschaft kämpft, indem sie für die Respektierung des Schiedspruches eintritt, zugleich für den Staat. Sie ist ein Bundesgenosse in diesem Kampf. Bundesgenossen müssen unterstützt werden. Die nun bei Verhandlungspartien in Preußen angeleitete Hilfsaktion für die

entlassenen Arbeiter, für die Unorganisierten wie für die Organisierten, muß jetzt, nachdem die Entscheidung des Vorstandes der Reichsanstalt in der Unterstützungsfrage gefallen ist, so rasch wie möglich sichtbare Gestalt bekommen und wirksam werden.

Die mittelbar von dem großen Konflikt in der nordwestlichen Schwerindustrie betroffenen Arbeiter müssen, sobald von ihnen Verklörung der Arbeit verlangt wird oder sobald sie entlassen werden, sofort Kuzarbeiterunterstützung und Arbeitslosenunterstützung annehmen. Beides ist für sie sicher. Kein rechtlich gesehen, ist die mittelbar betroffene Industrie dazu verpflichtet, ihren Arbeitern unter allen Umständen den vertraglich festgelegten Lohn zu zahlen. Entlassungen kann sie nicht vornehmen, da die Stilllegungsvorschriften nicht eingehalten sind. Eine Solidaritätsaktion zugunsten der Schwerindustrie würde aber gegen die guten Sitten verstoßen, da ja die Aktion der Schwerindustrie zweifellos ungeschichtlich ist. Die Industrie, die mittelbar durch den Konflikt in Mitleidenschaft gezogen werden kann, ist ebenso wie die Schwerindustrie rechtlich in einer wenig beneidenswerten Lage.

Recht, Moral und Vernunft stehen in dem großen Kampf zwischen den Eisenarbeitern und den Eisenbaronen, zwischen Wirtschaftsdemokratie und Wirtschaftsabsolutismus, der kein Schlichtungswesen anerkennen will, auf der Seite der Arbeiterschaft. Aber die Macht?

Auch die Macht steht auf ihrer Seite, wenn Staat und Reich die Bedeutung der Stunde erkennen und nicht nur die Gerichte sprechen lassen, sondern auch selbst handeln. Die Sache steht für die Eiseneubellen nicht gut. Gut steht sie für die Arbeiterschaft und für den Staat, wenn nicht nur die Arbeiterschaft — sie ist es — sondern auch Parlamente und Regierungen den Rebellen gegenüber nicht nur rätsonnieren, sondern auch marschieren.

Früherer Zusammentritt des Reichstages?

Der Reichstagspräsident hat den Ältestenrat des Reichstages, der erst am 13. November zusammentreten sollte, bereits für Dienstag, den 6. November, vormittags 11 Uhr, zu einer Sitzung einberufen. Der Ältestenrat wird zu den Anträgen auf sofortige Einberufung des Reichstages wegen der Aussperrungen im Industriegebiet Stellung nehmen.

Sozialdemokratische Anträge zugunsten der Ausgesperrten

Berlin, 5. November. (Eigener Bericht.) Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

„Die Nordwestgruppe des Arbeitgeberverbandes der Eisenindustrie hat entgegen einem für verbindlich erklärten Schiedspruch über 200 000 Arbeiter entlassen.

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung aufzufordern, 1. mit allem Nachdruck auf die Reichsregierung einzuwirken, daß sie dem Schiedspruch ihrer Organe Nachtrag verschafft und den rechtswidrigen Tarifbruch der Unternehmer zurückweist, 2. mit der Reichsregierung gemeinsam zu prüfen, wie der durch die frivole Massenentlassung entstehenden riesengroßen Not entgegengewirkt werden kann, insbesondere zu prüfen, wie der Gefahr, die durch das gewaltige Ansteigen der Wohlfahrtslasten für Gemeinden und Gemeindeförderbände entsteht, durch rechtzeitiges Eingreifen von Staat und Reich vorgebeugt werden kann.“

Jugenbergs Weisheit zum Eisenkampf

Berlin, 6. November. (Eigener Fundbericht.)

Herrn Jugenberg ist sein politischer Aufstieg zu Kopf gestiegen. Der neugebadene deutschnationale Parteivorsitzende hat in einer „deutschnationalen Arbeiterversammlung“ in der Bodbrauerei in Berlin ganz im Stille seines Meisters in Doorn eine Rede zum Wirtschaftskampf an der Ruhr gehalten. Er hat sich seiner erfolgreichen geschäftlichen Laufbahn gewahmt, die ihm Unabhängigkeit verliehen habe und auch die Fähigkeit, in entscheidenden Augenblicken mit Hilfe des Himmel und Schicksal selbst zu gestalten“, und dann das folgende ausgesprochen:

„Weder mein Finger noch mein Geist spielt dabei die mindeste Rolle.“ Ich habe mit den abgehenden Herzen vor dem Bekanntwerden ihrer Entschlüsse darüber weder gesprochen noch Briefe gewechselt.“

Als ob das bei Jugenberg selig wäre. Also Jugenberg, der Mann aus der Schwerindustrie, ist mehr wie ein Unachtsam. Aber eben hat er das in weitläufigen Worten beteuert und dem Schmerz gesprochen, mit dem jeder Vaterlandsfreund dem Industriegebiet hinhüberblickt. So steht er auch schon mitten drin im Kreise seiner Gefinnungs- und Klaffengenossen im Ruhrgebiet und redet ganz so, als wenn er an der Führung der Unternehmerorganisationen

Konkordat in Preußen

Aus der Preußenfraktion wird uns geschrieben: Zu den zahlreichen politischen Problemen, die in den nächsten Monaten nach Klörung drängen, gehört auch die Konkordatsfrage in Preußen. Wie die Regierungsumbildung und die Diskussion über die politischen Aufgaben des kommenden Winters, ist auch sie von einem üppigen Rankenwerk von Gerüchten und Kombinationen umgeben. Die Reaktion, der die festgegründete preußische Regierung und die starke und zielbewußte sozialdemokratische Politik in Preußen nach wie vor ein Dorn im Auge ist, tut das ihrige, um durch Ausstreuung oder Aufnahme beunruhigender Nachrichten Verwirrung zu stiften. Als vor einigen Tagen die „Postische Zeitung“ die Falschmeldung brachte, daß in dem Konkordat Preußen sich gegenüber der Kurie zur Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl katholischer Bekenntnisschulen verpflichtet würde, hatte die schwerindustrielle Telegraphen-Union nichts Eiligeres zu tun, als unter Bezugnahme auf jenes Blatt die abwegige Behauptung in alle Welt zu verbreiten, obwohl die „Post“ ihr sonst nicht gerade als Quelle für die Verbreitung politischen Materials dient. Ein Vorgang, der bezeichnend, eine Absicht, die durchsichtig ist.

Die Haltung der Sozialdemokratie in Preußen zu der Konkordatsfrage ist durch die bekannte Diskussion auf dem Kieler Parteitag festgelegt. Sie ist durch zwei Ergebnisse dieser Diskussion bestimmt. Der Parteitag hat es vermieden, die Partei gegen den Abschluß eines Konkordats festzulegen. Die dogmatischen Grundfassungen der Kurie über das Wesen des Konkordats und über Fragen der Erziehung, der Ehe usw., die in einem unerbittlichen und untörichtigen Widerlichen Widerspruch zu den Grundbegriffen und Zielen der Sozialdemokratie stehen, sind von unserer höchsten Parteinstanz nicht als ein Grund betrachtet worden, der es dem Staate unmöglich machen sollte, über ihn und die Kirche gemeinsam herührende Fragen zu einer konkordatischen Vereinbarung zu kommen. Eine solche Vereinbarung darf jedoch, — das ist das zweite Ergebnis der Debatte auf dem Kieler Parteitag — das Gebiet der Schule nicht einbeziehen, auf dem der Staat eine unbedingte und durch keinerlei Einflußnahme der Kirche einzuschränkende Hoheit auszuüben hat. Dagegen hat die Sozialdemokratie keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Behandlung von Fragen wie der Abgrenzung der Kirchenbezirke und der Bischofswahl in einem Konkordat.

Für die Sozialdemokratie steht also bei der Konkordatsfrage nicht die Diskussion über die Form der Regelung kirchlicher Angelegenheiten im Vordergrund; ob diese Dinge durch einseitigen Staatsakt, dessen Inhalt durch die politischen Mehrheitsverhältnisse bestimmt wird oder durch ein Konkordat geregelt werden, ist ihr eine Frage der Zweckmäßigkeit, nicht des Grundsatzes. Um so größere Aufmerksamkeit würde sie dem

im Industriegebiet genau so beteiligt wäre wie Poensgen. Er redet von einem „ganz besonderen Ungescheh der jetzigen Reichsregierung“, die natürlich alles verschuldet hat, und fährt dann fort:

„Meint jemand, daß die leitenden Männer des nordwestlichen Reviers, die auch Deutsche sind, aus Reichsinn, Macht- oder Geldgier Streit mit ihren Arbeitern suchen? Nein. Was da zugrunde liegt, ist in letzter Linie doch etwas anderes, etwas Schlimmeres. Der Kampf ist ein deutliches Anzeichen dafür, daß das außen- und innenpolitische Gemisch der Jahre seit Ende 1923 nicht aufgeht, daß auch unter Wirksamkeit der Regierung nicht aufgeht, daß die zehn Jahre Novemberepoche, mit denen Ihre heutige Lage sich befaßt, die Probleme der Nachkriegszeit ungeklärt gelassen haben.“

„Deutschnationalen Arbeitern“ kann man offenbar alles bieten. Wenn von kapitalistischer Machtgier besessene Industrie-gewaltige Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße werfen, so tragen Novemberstaat und republikanische Regierung die Schuld daran. Aber durch diese Wendung hat Jugenberg auf neue ganz ungewollt darauf hingewiesen, daß der Kampf der Ruhrindustriellen in erster Linie dem verhaßten Novemberstaat und seinen sozialpolitischen Institutionen gilt. Die Monarchen der Schwerindustrie rufen nach dem Monarchen im Staat. Sie wissen, daß sie nur im Bunde mit ihnen die Arbeiterbewegung niederhalten könnten. Die Arbeiter nehmen den ihnen von den Schwerindustriellen aufgezwungenen Kampf auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet auf. Sie wissen, daß die Nachposition der Schwerindustrie solange bestehen wird, wie Kohlen- und Eisenerz-Gruben in den Händen des Privalkapitals sind.

Auch Herr Lam bach hat sich dem Vortrag Jugenbergs mit angeschlossen. Daß er zu diesem Gerede des Parteigewaltigen wagt, zeigt, wie deutschnationale Angestelltenführer die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten.

(Weiter Nachrichten zum Eisenkampf unter Arbeit und Wirtschaft.)

Inhalt eines Konkordats.

zugewenden haben. Der Amtliche Preussische Pressedienst hat bereits offiziell erklärt, daß eine Vereinbarung zwischen Staat und Kirche, die die Staatshoheit auf dem Schulgebiet einschränken könnte, nicht in Frage käme. Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion wird auf das entschiedenste darüber bestehen müssen, daß diese Zustimmung petalisch innegehalten wird. Ob ein in Pressemeldungen angekündigter Passus dieses Inhalts, daß die Kurie von den im Wortlaut anzuführenden — Schulbestimmungen der Reichsverfassung von Weimar Kenntnis nehme, erträglich ist, wäre zu prüfen. Feststeht, daß jede in Sache oder Form über die einfache Zitterung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen hinausgehende Berührung der Schulfrage das Konkordat schon im Kabinett zum Scheitern bringen würde, da dafür keine Mehrheit zustande zu bringen wäre. Bestandteile von Schulfragen sind aber auch die Fragen der Lehrerbildung, des Religionsunterrichts und der Universitätsprofessuren; auch sie können unmöglich, etwa nach bayerischem Vorgang, in dem Konkordat Erwähnung finden.

Besteht soweit vollkommene Klarheit über das, was nach sozialdemokratischer Auffassung nicht in die Vereinbarung einbezogen werden darf, so läßt sich über das wirkliche Aussehen des Entwurfes wenig sagen; das Kabinett hat sich zwar in einer Chefbesprechung im vorigen Monat erstmalig mit dem Problem beschäftigt, die Beratungen jedoch vertagt, und ist erst am 1. November in die Mitte November zu erwarten. Es ist also noch nicht zu übersehen, ob und in welcher Form die vorbereitenden Beratungen mit der Kurie zum Abschluß kommen werden, und ob und mit welchem Inhalt ein Gesetzentwurf vor den Landtag gebracht werden wird.

Eine Vereinbarung über eine Neugrenzung von Bistümern und Erzdiözesen, die den politischen Veränderungen und der innerdeutschen Wanderungsbewegung mit ihrem Einfluß auf die Verteilung der Konfessionen in einigen Grenzgebieten übrigens auch politischen Notwendigkeiten entsprechen würde, dürfte keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen. Die Neuordnung des Rechts zur Ernennung der kirchlichen Würdenträger, die gegenwärtig durch die preussischen Domkapitel vor sich geht, auf deren Zusammenfassung früher der König, heute die preussische Staatsregierung einen erheblichen Einfluß ausübt, wird einen Streitpunkt darstellen, zu dem eine Stellungnahme ohne positive Kenntnis der in Aussicht genommenen Regelung nicht möglich ist. Im Zusammenhang damit würde auch die grundsätzliche Frage erörterungsfähig sein, ob die Sozialdemokratie, so lange noch rechtliche Verpflichtungen des Staates zur Dotierung der Kirche bestehen, den Standpunkt der Nichtemischung in kirchliche Angelegenheiten oder einer Einflußnahme vertreten soll. Sehr eingehender Prüfung bedürfen auch etwaige finanzielle Fragen, an denen, falls ihre Lösung eine neue Belastung der Staatsfinanzen für kirchliche Zwecke mit sich brächte, das Konkordat scheitern müßte. Für die Abfindung der finanziellen Ansprüche der Kirchen sieht die Reichsverfassung ein Reichszahlungsgesetz vor. In dieser Verfassungsbestimmung hat sich die sozialdemokratische Politik in dieser Frage zunächst zu orientieren.

So bleibt die Entwicklung der Dinge ungewiß, solange die Einzelheiten der in Aussicht genommenen Konkordatslichen Regelung noch nicht feststehen; alle Kombinationen haben sich ja in Kürze immer wieder als trügerisch erwiesen. Die Sozialdemokratie nimmt in jedem Fall zu der Frage des Konkordats eine durchaus selbständige Stellung ein. Sie läßt sich weder von den kirchlich evangelischen Kreisen ins Schlepptau nehmen, die den Standpunkt vertreten, daß bei neuen Vereinbarungen Preußens mit der Kurie auch ein Vertrag des Staates mit den evangelischen Kirchen abzuschließen sei, noch hat sie etwas gemein mit der Auffassung jener Kreise des Liberalismus, die, kaum noch in der demokratischen, nicht unerheblich aber in der Deutschen Volkspartei vertreten, jedes Konkordat grundsätzlich ablehnen. Je stärker unsere Partei eine eigene kulturpolitische Haltung auch gegenüber dem Liberalismus ausbildet, desto mehr verliert die gleiche vereinzelt noch bei uns spürbare Auffassung an Boden. Es wäre aber auch völlig verfehlt anzunehmen, daß sich die Sozialdemo-

kratische Partei in dieser Frage in der Gefolgschaft des Zentrums befände. Sie wird die wirklichen Interessen vielmehr um so gewissenhafter zu wahren veranlassen, als es der Zentrumspartei vollkommen klar sein dürfte, daß bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen in Preußen bei der durch die neue politische Situation völlig veränderten Einstellung der Deutschnationalen Volkspartei und bei der kulturpolitischen Haltung der Deutschen Volkspartei ein Konkordat im Bunde mit der Kurie noch weniger zustande kommen kann, als ein Schulgesetz unter günstigeren Umständen im Bunde mit ihr geschaffen werden könnte. Insofern ist die also die politische Lage durch den Wahlausgang geklärt — nicht zum Nachteil der Festigkeit unserer Stellung in der Konkordatsfrage nach allen Seiten hin.

Keine Einheitsstrafe

Der Strafrechtsausschuß lehnt den sozialdemokratischen Reformantrag ab

Berlin, 5. November. (Eigener Bericht.) Der Strafrechtsausschuß zur Vorbereitung der Strafrechtsreform lehnte am Montag den sozialdemokratischen Antrag, statt Zuchthaus- und Gefängnisstrafe nur noch eine einheitliche Gefängnisstrafe vorzusehen, ab.

Zusammentritt des Landtags

Nur kurze Sitzung. — Gestern nur kleine Vorlagen. Berlin, 5. November. (Eigener Bericht.) Der Preussische Landtag, der am Montag nach mehrwöchentlicher Pause wieder zusammentrat, erledigte in kurzer Sitzung eine ganze Reihe kleinerer Vorlagen. Wichtig war vor allem die erste Beratung des Gesetzentwurfes für verfallene Forderungen von Maßnahmen der Werte schaffenden Arbeitslosenversicherung, für die aus Anleiheemitteln 75 Millionen Mark bereitgestellt werden sollen. Für die Sozialdemokraten begrüßte die Abg. Frau Hanna-Berlin die Vorlage und forderte im Interesse der Erwerbslosen eine schnelle Verabschiedung. Beachtlich war ihr Hinweis, daß die Arbeitslosenversicherung überhaupt mehr in die Zeit der Wintermonate, das heißt in die Periode der im allgemeinen stärkeren Erwerbslosigkeit, verlegt werden. — In kurzen Ausführungen stimmten die Vertreter fast aller Fraktionen mehr oder weniger der Vorlage zu, die dann dem Hauptausschuß zur schnellsten Erledigung überwiesen wurde.

Für eine andere wichtige Vorlage, den Entwurf eines Markte-Neue-Bruch-Gesetzes, lehnte sich namentlich der sozialdemokratische Redner Paechel ein, indem er darauf hinwies, daß die Sozialdemokratische Fraktion schon seit langem eine solche Vorlage gefordert habe, um die große Notlage der Bewohner dieses Landesgebietes zu bekämpfen. Auch dieser Entwurf wurde nach kurzer Aussprache dem Hauptausschuß überwiesen. — Angenommen wurde ferner noch ein Antrag des Hauptausschusses, die rechtsrheinische Uferstraße auszubauen und zu diesem Zweck vom Staatsministerium aus Mittel der Werte schaffenden Arbeitslosenversicherung bereitzustellen.

Der Landtag wird diesmal nur bis Donnerstag, den 8. November, zusammenbleiben. Ursprünglich war vorgesehen, ihn danach bis zum 12. Dezember zu vertagen. Da aber ein kommunistisches Mißtrauensvotum gegen den Handelsminister wegen seiner Haltung in der Bergbaupolitik zur Abstimmung kommen muß, wird das Haus am Donnerstag, den 15. November, noch einmal zusammentreten. Zweifellos wird das Mißtrauensvotum der Ablehnung verfallen.

Inzwischen ist im Landtag eine Interpellation der Deutschnationalen über das Konkordat in Preußen eingegangen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Regierung dazu erklären — was sie übrigens schon vor zirka sechs Monaten getan hat — daß sich die Angelegenheit noch im Stadium der Vorbereitung befindet und darüber noch verhandelt wird. Um die Regierungsbildung in Preußen ist es einstweilen still geworden. Es hat den Anschein, als wenn allseitig die Meinung besteht, erst einmal die Entwicklung der Dinge im Reich und hinsichtlich des ausgebrochenen Kampfes zwischen Arbeitgeber und Metallarbeitern im Westen Deutschlands eine Konsolidierung der Verhältnisse abzuwarten.

Die nächste Sitzung des Landtages findet Dienstag, den 6. November, statt. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge und Anfragen der Parteien über die Ruhestausperrung der Metallarbeiter.

Formen gegen die Wirkung frappant

Die Toten für den Frieden gestorben

Eine Friedenstundgebung als Totenfeier

Belgrad, 5. November. (Eig. Drahtbericht.) Die Totenfeier auf dem hiesigen Friedhof der deutschen Kriegsgefallenen gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Friedenstundgebung. Der Gedankengang wurde von der Kapelle eines jugoslawischen Garderegiments eingeleitet. Dann sprach der deutsche Gesandte Dr. Köster tiefempfundene Worte für die Seite an Seite mit lebhaften Kameraden schlummernden deutschen Soldaten. Ihr Tod habe nur Sinn, wenn die Helden für den Frieden der Welt gestorben seien. Deshalb sei die Mahnung der Toten, abgesetzt mit aller Kraft gegen den Völkermord zu arbeiten und nicht zu erlahmen in dem Wert der Verständigung und Veröhnung. Nie mehr werde es zu Krieg und Massenmord kommen. Das sei die beste Ehrung der Toten. Mit der Niederlegung von Kränzen mit schwarz-rot-goldenen und österreichischen Schleifen fand die Feier ihren Abschluß.

Die hiesige Presse berichtet spaltenlang über die Totenfeier und die Rede Kösters, die einen großen, nachhaltigen Eindruck in der gesamten Öffentlichkeit hinterlassen hat.

Thälmanns Methoden machen Schule

Hannover, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Fraktions-Vorsitzende der kommunistischen Rathhaus-Fraktion in Peine, Wassermann, mußte sein Amt als Stadtverordneter niederlegen, weil er seine Vertreter in den verschiedenen städtischen Kommissionen in überhöhter Weise zur Erlangung persönlicher Vorteile ausnutzte. Wenn Wassermann sich dafür einsetzte, daß einem bestimmten Kandidaten eine Wohnung zugeordnet werde, oder wenn er sich in der Wohnungskommission dafür bewandte, daß jemand eine Wohnung bekam, ließ er sich seine Tätigkeit anständig honorieren. In der eidesstattlichen Erklärung eines von Wassermann ausgeübten Arbeiters heißt es z. B.:

„Ich habe Wassermann gesagt, daß Sie als Mitglied der Wahlrechtskommission mir eine Sozialrente von 10 Mark monatlich herausholen, bekommen Sie von der ersten Rate fünf Mark ab. Da ich nun aber infolge meiner Notlage das Geld nicht missen konnte, hat mich Frau Wassermann eines Tages in ihre Wohnung gebeten und mir folgende Frage gestellt: „Haben Sie die 10 Mark nicht erhalten? Wir sollten doch fünf Mark abhaben.“ Ich hatte mit Frau Wassermann über die fünf Mark überhaupt nicht gesprochen. Wassermann muß somit seiner Frau von mir die fünf Mark in Aussicht gestellt haben. Ich finde solch ein Verhalten unerhört, zumal meine wirtschaftlichen Verhältnisse sehr traurig sind.“

Mit anderen Worten: Thälmanns Methoden machen

Die englische Arbeiterpartei geht aufs Ganze

Sie will allein die Mehrheit erringen

Wie alljährlich, so veranstaltet auch heuer die Londoner Ortsgruppe der Arbeiterpartei am Vorabend der neuen Parlamentssession eine große öffentliche Versammlung, um den Parteiführern Gelegenheit zu programmatischen Erklärungen über wichtige politische Fragen zu geben. In einer großen Rede erklärte Ramsay MacDonald, daß die Arbeiterpartei den kommenden Wahlkampf nicht um die bloße Vermehrung der parlamentarischen Stärke, sondern auch um die absolute Mehrheit im Parlament kämpfen werde. Der Parteivorstand der Arbeiterpartei sei in seiner heutigen Sitzung einstimmig zu dem Entschluß gekommen, bei den kommenden Wahlen um alle Wahlsitze zu kämpfen, in denen eine Ortsgruppe der Partei bestünde, was die Aufstellung von nicht weniger als 600 Kandidaten bedeute. MacDonald wandte sich hierauf gegen alle Kombinationen über die zukünftige Zusammenarbeit mit anderen Parteien. Die Ergebnisse der jüngsten Wahlen und Nachwahlen zeigen, daß die Arbeiterpartei die Mehrheit erringen könne, wenn sie geeinigt und entschlossen in den Kampf eintrete.

In einer gleichzeitig gehaltenen Rede vor liberalen Parlamentariern, erklärte Lloyd George, das nächste Parlament werde mehr radikale Minister besitzen als MacDonald annehme, und diese würden alles tun, um die liberale Politik durchzuführen, wer immer sich auch an der Macht befinde.

Parlamentarszusammentritt in Jugoslawien

Belgrad, 5. November. (Eig. Drahtbericht.) Am Montag wurde die neue Parlamentssession eröffnet. Die Kroaten und Anhänger von Ribitchewitsch, insgesamt 87 Abgeordnete, waren nicht erschienen. Auf Anordnung des Kammerpräsidenten sind ihnen inzwischen die Diäten und Freizeittarifen entzogen worden.

Die Nacht nach dem Verrat

Roman von Liam O'Flaherty
Aus dem Englischen übertragen von S. Haefer
(Deutsche Rechts bei Th. Knaut Nachf. Verlag, Berlin W. 50.)

Die Menge gaffte den Hut an, als ob er zauberische Eigenschaften hätte. Andere, die dazu gekommen waren, ohne zu wissen, was schon vorgegangen war, glotzten auf Gypso kumpfiges Gesicht, seine gelblichen Augen, seine Krallen, die wie Schlangen waren, auf die dicken, roten Lippen seiner Hände, mit denen er sich an den Hals faßte, um das Wolltuch um den Nacken fester zu ziehen. In einem der geräuschvollen Augenblicke sah er ein junges Mädchen.
„Er ist hinter alle Leber Nulla.“
„Wie? Warum? Was hat er getan?“
„Ihm ist ein junges Mädchen.“
„Warte, ich erzähl' dir's gleich. Mit meinem eigenen Augen hab' ich gesehen, wie Scrapper Moloney von der Abteilung B über seine Schulter hinweg sah wie 'n Mann, der 'nen Kopf sprang macht. Ich sage mir...“
„Ich kenn' ihn gut. Er war selbst mal 'n Blauer. Kolan ist sein Name, Gypso Kolan. Hast du nie von ihm gehört?“
„Aber sicher; war er nicht Freund mit Francis McPhillip, der heute erhängen wurde?“
„Sicher war ich das.“ Gypso hatte die Bewertung mitgehört und mißte sich hinein: „An: wenn du von dem Toten sprichst, lauschst du auch hören: Gott ist ihm zugehörig.“
„Hört, hört,“ lächelten mehrere Stimmen. „Sagt ihm ein...“
„Es schloß sich hinter dem Hut und Herreden und Jauch. Der Schuldige wurde weggeschleppt, gefesselt und ins Gefängnis geschlagen, bis es ihm gelang, zu entkommen, indem er Hals über Kopf die Gasse hinaustrat. Dann drängten sie wieder alle um Gypso.“
„Er handelte Kopf und Schultern alle übertrug; und ganz die Aufmerksamkeit, die er auf sich zog. Er hand mit gekrümmten Fingern so rasch, daß man ihn von weitem für eine große, furchige Statue hätte halten können. Dann hob er plötzlich seine rechte Hand und machte eine nachschiebende Bewegung. Kommt mit. Ich will für alle Mann ein Fressen spendieren. Kommt mit. Ich will Mutter Sohn sein können, der hier hangrig ist.“

Er schwang den Arm hinüber nach dem Bratfisch- und Bratkartoffelladen und ging voran auf die Tür zu.
„Harrall!“
„Sollst lange leben, du liebster Sohn Erins.“
„Rehr Kraft für deinen Ellenbogen.“
„Hoch die Rebellen.“
Gypso schritt an der Spitze der anrückenden Horde, stolz wie ein König vor seinen Hänglingen. Sie folgten ihm nach mit transparenten Fächern, sich fächernd, schaukelnd, schaukelnd, mit all dem verschiedenartigen Geräusch, das von einer Meute wilder und ergrößer Wesen ausgeht, von fernher kommend, unfaßbar, was weiß nicht warum. Sie waren zusammengerasteter Abgang der Stams, die allerorten unter denen, die in den überfüllten Baracken zu beiden Seiten des Riffes wohnten. Für Gypso waren sie ein Gefolge, das seinen Worten und Taten Beifall spendete.
„Wohin gehst du mit dem Kolan hier in der Gegend herumlaufen sehen, mich und Gallagher? So dachte er, als er den Laden betrat. Kommt mit, alle miteinander, Männer und die Weiber auch. Kommt mit.“
Sie füllten den kleinen Laden bis zur Tür und hauchten sich noch draußer. Innen war es warm nach dem rieselnden Regen und dem starken Wind draußen. Die Luft im Laden war fast augenblicklich von dem Dampf menschlichen Atmens erfüllt. Das leise Atemgeräusch war deutlich hörbar durch die flüsternden Gespräche.
Gypso rief dem Ladenbesitzer zu: „Er, du da, gib uns ein Glas für alle Mann! Ich zahl' alles!“
Der Ladenbesitzer war ein Italiener, ein dunkelhäutiger Kerl in mittleren Jahren, mit leuchtenden Augen. Er sah Gypso an und dann die Menge. „Kannst du nicht was machen und Heber-rastung spiegelten sich blitzschnell in seinen Augen. Dann lächelte er und nickte mit dem Kopf. Er legte in ausländischer Sprache etwas zu dem Mädchen, das hinter ihm stand, und begann dann augenblicklich, dampfende Portionen von Kartoffeln und Fleisch in Fesseln aller Fertigkeiten zu packen, die griffbereit bei der Hand lagen. Das Mädchen, ein rothaariges, junges Weib mit großen schwarzen Augen, weiß angezogen, machte sich eilig daran, ab und zu laufend an einer Art Spaltlich mehr Fleisch und Kartoffeln herbeizuschaffen, die gebraten wurden. Ein brüchiges Geräusch ging von dem Braten aus. Ein heiser, angenehmer Geruch erfüllte den ganzen Raum.
Die verhängerten Peanbrüder lächelten in dem Geruch. Mit entzückenden Munde und glänzenden Augen sahen sie nach

der bratenden Mahrung hin, ihre Rüstern sogem gierig die Hitze und den Vorgeschmack. Alle Gesichter waren wild und ausgezehrt. Ihre Weiber waren ungepflegt, gekrümmt und ein-geschumpft. In diesem Augenblicke aber erfüllte Freude über ein unerwartetes Festmahl selbst ihre verhärteten und ver-stumpften Seelen in einer Fülle, die sie lachen und schwa-geln machte, unverantwortlich wie Kinder. Das Glend und die Kummernisse ihres Lebens waren vergessen in dieser Stunde gemeinsamen Genusses. Und vielleicht war das, frohe Murren schwebender Stimmen, das in jenem Speisehaus der Stams durch den Dampf aufstieg, eine schöne Hymne zum Preis des lebendigsten Lebens.
Und unter ihnen stand Gypso wie irgendein vorweltliches Ungeheuer, eben dem Urchlamme entstiegen, in dem alle Dinge ihren Ursprung haben, während die anderen sich um ihn scharrten wie Insekten, von denen er sich mästen konnte.
Als er um sich sah, mit der langsamem, geräuschigen Augen-bewegung eines ruhenden Stiers, fühlte er die Erhebung und den Stolz eines Eroberers in der Stunde seines Sieges. Ein intelligentes Gesicht mit seiner Stärke, aber auch mit der Fähigkeit, seine Empfindungen zu zerlegen, würde gefast haben: Dies ist der größte Augenblick meines Lebens. Aber Gypso dachte nicht. Nichts von dem, was ihn hier umgab, konnte ihn nachdenklich stimmen. Eine Königin wird nicht im Traum daran denken, ihre Schönheit und ihre Pracht bei dem Festmahl eines Bauernlumpens preiszugeben. Aber sie wird sich bei einem all-gemeinen Festtag vor ihren Heilkrütern neigen. So war es mit Gypso.
Der schwerfällige Mechanismus seines Geistes war an diesem Abend in Bewegung gekommen durch die Notwendigkeit, einen Plan zu machen, nachdem er die Polizeistation verlassen hatte. Die ungemohnte Anstrengung hatte ihn aufgewühlt. Er launete umher, bis Gallagher's Versprechen sein Gehirn in jene tolle Erhebung trieb, von der aus es auf die übrige Menschheit mit Betrachtung hinabsah. In dieser irrigen Ueberhebung breitete es sich detart anmahend aus, als sollte es in aller Ewigkeit so verharren.
Er ließ seine Augen über die Köpfe schweifen, die ihn dicht umringten, einige in Höhe seiner Schultern, andere ihn bis zum Gürtel reichend, während hier und da ein Mann, groß wie er selbst, dahand, den roten, hagerknöchigen Nacken vor-gebeugt, den glühenden Kehlkopf geredt nach der Ladenbank mit Eilen.
(Fortsetzung folgt.)

Pressefreiheit in der Tschechoslowakei

Uns wird geschrieben: Die Tschechoslowakei gilt außerhalb ihrer Grenzen als demokratischer Staat. Sie ist eine Republik, sie hat das allgemeine und gleiche Wahlrecht eingeführt — sind das nicht Merkmale der Demokratie? Und die ungemein emsige, mit einem Aufwand von vielen Millionen betriebene tschechoslowakische Auslandspropaganda ist eifrig bemüht, die Legende von der tschechoslowakischen Demokratie lebendig zu erhalten und zu klären.

Kein Wunder, daß gerade die europäische Demokratie die Tschechoslowakei zu ihrem zehnjährigen Jubiläum sehr begeistert begrüßt. Ja, man weiß schon, daß es noch einige kleine Mängel gibt, daß die Verhältnisse zwischen den Nationalitäten noch nicht ganz geklärt sind — aber das steht man als Kinderkrankheiten an und ist fest überzeugt von der gesunden demokratischen Entwicklung des jungen tschechoslowakischen Staates.

Aber die tschechoslowakische Innenentwicklung ist, so jung der Staat auch ist, doch seit der Gründung der Republik schon ein beachtliches Stück nach rückwärts gegangen. Das hat sich gerade am Jubiläumstage gezeigt. Die deutschen Sozialdemokraten und die Kommunisten und die Tschechoslowakischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, die immer noch den Traum von der „sozialen“ Republik im Herzen tragen und also noch immer von „unserer Republik“ (tschech. Republika) sprechen, feierten getrennt von den Regierungsparteien, und die offizielle Feier bestand in einer gewaltigen Militärdemonstration. Die gesamte Prager Garnison zog mit all den modernen Mordinstrumenten, auf die sie so stolz ist, in glänzender Parade durch die Prager Straßen. Schon dieses Abscheuliche gewaltiger Volksmassen mühte auf tiefgehende Zerklüftungen schließlichen lassen.

Aber das würde ja noch nicht Anlaß sein, die tschechoslowakische Demokratie anzuzweifeln. Nun, sie wird am besten illustriert durch die Tatsache, daß der „Sozialdemokrat“, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokraten, am 28. Oktober so von der Zensur mißhandelt wurde, daß auf der ersten Seite außer dem Titel: „Zehn Jahre — Bilanz und Bestimmung“ fast nichts zu lesen war. Auch vier andere Tagblätter der Partei wurden konfisziert. Konfisziert wurden auch die kommunistischen Zeitungen, und zwei Tage nach dem Jubiläum wurden die kommunistischen Tageszeitungen von Prag und Brünn für die Dauer eines Monats eingestell. Es gibt also, wie diese Häufung von Beschlagnahmen und Zeitungseinstellungen zeigen, in der Tschechoslowakei keine Pressefreiheit, es hat nie eine Pressefreiheit gegeben.

In der Tschechoslowakei ist noch das altösterreichische Pressegesetz in Geltung, und mit ihm eine seiner rücksichtlosesten Bestimmungen, das sogenannte „objektive Verfahren“. Der Staatsanwalt kann die Zeitungen wegen irgend eines ihm nicht zusagenden Artikels konfiszieren, ohne daß er verhalten wäre, die Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur zu erheben. Er braucht keine Konfiskation zu verantworten, er kann tatsächlich konfiszieren, was er will, und er läßt seine Gewalt natürlich nur die oppositionellen Zeitungen fühlen. Preßprozesse gibt es nicht, die Zeitungen erscheinen einfach mit weißen Flecken.

Das ist nicht eine Ausnahmeerscheinung, sondern etwas Alltägliches. Bemerkenswert ist nur, daß die Zahl der konfiszierten Zeitungen von Monat zu Monat steigt — und daß sich leider, da man ja in der Tschechoslowakei eine zensurfreie Zeit nie erlebt hat, die Bevölkerung mit diesem Zustand abgefunden hat, daß man sich nicht sonderlich darüber aufregt. Wenn es hier und da Beschwerden gibt, so entspringen sie nicht der Begeisterung für die Pressefreiheit, sondern der Sorge, daß das Ausland davon erfahren könnte, und das Ansehen „unserer“ Republik dadurch geschädigt werden könnte.

Zum altösterreichischen Pressegesetz, das allein schon ausreicht, um oppositionelle Blätter nach Belieben zu quälen und zu drangsalieren, hat sich aber das „Gesetz zum Schutze der Republik“ gesellt, das die Möglichkeit bietet, Zeitungen überhaupt umzubringen. Wenn eine Zeitung wiederholt konfisziert worden ist, weil sie sich gegen das Schutzesetz vergangen hat (wichtigemerk: eine Anklage braucht nicht erhoben zu werden!), dann kann das Gericht die Zulässigkeit ihres Verbotens aussprechen. Das objektive Verfahren ermöglicht es, mißliebige Zeitungen täglich zu konfiszieren, und werden sie oft genug konfisziert, dann können sie eingestellt werden. Die kommunistischen Zeitungen sind nun dem Schutzesetz zum Opfer gefallen. Wobei nur das eine verwunderlich ist, daß es nicht schon früher geschehen ist. Vielleicht hat man früher doch etwas mehr von der kommunistischen Partei gehalten. Seit man aber gesehen hat, daß die Kommunisten den Parolen ihrer Partei nur dann folgen, wenn sie gegen die Sozialdemokraten geführt werden, und verlangen, wenn sie einen Kampf gegen den staatlichen Machtapparat wagen sollen, — seit dem „Roten Tag“, der verboten war und trotzdem von den Kommunisten als Massen demonstration angekündigt war, in Prag nur Polizisten und Gendarmen, aber keine Kommunisten auf der Straße zu sehen waren, weiß die Regierung, daß sie gegen die kommunistische Partei alles wagen kann, ohne daß irgendwelche Folgen zu fürchten wären. Was natürlich erst recht keine Entschuldigung ist für die Barbareien gegen die Presse.

Selbst die tschechischen Sozialdemokraten, die doch nie Zweifel darüber aufkommen ließen, daß sie unbedingt Staatszren sind, die nicht müde werden, ihre Liebe zur „tschechischen Republik“ zu betonen, selbst die tschechischen Sozialdemokraten werden von der Zensur nicht verschont. In Karpatenrußland wurde ihr Wahlauftrag beschlagnahmt!

Am 2. Dezember finden nämlich die Wahlen zu den Landes- und Bezirksvertretungen statt, und wenn auch das Wahlrecht verkleinert wurde, so werden diese Wahlen doch zeigen, ob die heutige Regierungsmehrheit auch noch über eine Mehrheit in der Bevölkerung verfügt, oder ob, wie anzunehmen ist, die Regierungsparteien längst zur Minderheit außerhalb des Parlaments geworden sind. Da ist es in einem so demokratischen Staate nur selbstverständlich, daß die Zensur ganz in den Dienst der herrschenden Parteien gestellt wird. In den kommenden Wochen wird es an inneren und äußeren Zensuren keinen Mangel geben.

Schon jetzt sind die Wahlplakate der deutschen sozialdemokratischen Partei beschlagnahmt worden. Wieder auf eine andere Art. Der Druck wurde gestoppt. Aber das Ausschließen wurde verboten! Die Wahlplakate ließ man drucken und verbot dann das Anschlag. So bereitet man der Partei einen empfindlichen Schaden. Keines der Bilder kritisiert den Staat. Sie wenden sich nur gegen die Regierungsparteien. Die Regierung einer demokratischen Republik macht die bildliche Kritik der Regierungsparteien unmöglich.

Es ist das zeigen diese Wahlen nun schon zum dritten Male, in der Tschechoslowakei ganz unmöglich, den Wahlkampf mit Bildplakaten zu führen. In der Tschechoslowakei wäre auch eine satirische Zeitschrift von der Art des „Simplicissimus“ unmöglich; die Zensur würde sie umbringen. In der Tschechoslowakei gibt es auch keine modernen Filme, die einigermaßen reduktionär wirken. Die bekanntesten russischen Filme, wie „Die Mutter“ und der „Schwarze Sonntag“, werden zur Vorführung nicht zugelassen.

„Vollständige Freiheit des Gewissens, Literatur und Kunst, der Presse und das Recht auf Versammlungen und Petitionen“ — das gibt es nur in der Deklaration von Washington, mit der Masaryk am 18. Oktober 1918 die Selbstständigkeit der Tschechoslowakei proklamierte. Zehn Jahre tschechoslowakischer Wirklichkeit haben alle Illusionen gründlich zerstört.

Präsident Masaryk hat in seiner Botschaft zum Jubiläum der Tschechoslowakei wieder aus innerster Überzeugung die Demokratie gepriesen. Aber „wer wird nicht einen Masaryk loben!“ Doch seine Lehren befolgen — nein, es bleibt bei der Zensur!

Poincaré berichtet

Paris, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Poincaré wird heute im Ministerrat ausführlich Bericht geben über seine Besprechungen in der Frage der Revision des Dawesplanes. Wahrscheinlich dürfte heute auch die französische Delegation für die Sachverständigenkommission offiziell ernannt werden. Gleichzeitig wird Poincaré wenigstens in großen Zügen die Antwort bekannt geben, die er zusammen mit den übrigen an den Reparationen beteiligten Mächten auf die deutsche Demarche erteilen will.

Einerseits — andererseits

Merkwürdiger Beschluß des Parteitag der französischen Radikalen

Paris, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Der radikale Parteitag in Angers wird noch bis zum Mittwoch tagen, aber die eigentliche Entscheidung, soweit sie die Deffektivität interessiert, ist mit der Abstimmung über die Resolution Montigny erfolgt. Es gibt kaum ein für die Radikalen charakteristischeres Ereignis als diese Abstimmung.

Der Parteitag hat eine Entschlieung angenommen, in der die Erfüllung einer ganzen Reihe von Forderungen verlangt wird, die von einer Regierung Poincarés niemals verlangt werden kann. Die logische Konsequenz dieser Entschlieung wäre der Rücktritt der radikalen Minister gewesen; tatsächlich forderte ein der Resolution hinzugefügter Antrag den Bruch jedes Zusammengehens mit den Rechtsparteien, d. h. die Kündigung der nationalen Einheit. Dieser Zusatz wurde jedoch wieder zurückgezogen. Dabei macht aber die Resolution die Unterstüfung der Regierung doch wieder von der Erfüllung der Programmpunkte abhängig. Die Lösung dieses ganzen Rätsels liegt darin, daß die Fraktion eine von den Umständen, in die ihre Führer sie hineinmanövriert haben, abhängige Politik betreiben muß, während die Partei unbesorgt geradeaus marschieren will. Für das Kabinett Poincaré ist im Augenblick noch keine kritische Situation entstanden. Daß in Zukunft die radikalen Minister teilweise noch notwendig sein werden und es demnach immer einmal an diesem oder jenem Punkte zum Bruch kommen kann, ist natürlich wahrscheinlich. Aber das Wort des Parteitages fordert nicht den Rücktritt Herriots, es fordert nur, daß die Regierung, der Herriot angehört, das radikale Programm ausführe. Der Parteitag weiß jedoch selbst, daß das unmöglich ist und spricht dem Unterrichtsminister dennoch sein volles Vertrauen aus. Die Radikalen werden also auf absehbare Zeit weiter in ihrer Mehrheit unrentweg mit der Rechten zusammengehen wie bisher, während der linke Flügel allein Opposition betreibt.

Heute wieder Zusammentritt der Kammer

Paris, 6. November. (Eig. Drahtbericht.) Der Wiederzusammentritt der Kammer wird am Dienstag, den 6. November, erfolgen. In den Vandalengängen der Kammer teilt man in richtiger Einschätzung der Lage keineswegs die Erregung, die sich in einem Teil der Montag-Morgenpresse angeht, der Haltung des radikalen Parteitages anzusehen. Es ist kaum anzunehmen, daß für die nächste Zeit irgendwelche Rückwirkungen der auf dem Kongreß gefassten Entschlieungen im Parlament zu erwarten sind.

Neuer Beschluß der Radikalen gegen die nationale Union

Paris, 6. November. (Eigener Funkbericht.) Der Parteitag der Radikalen Partei in Angers ist, anstatt auch noch den heutigen Tag in Anspruch zu nehmen, am Montag überraschend in einer Nachtstunde zu Ende gebracht worden. Diese Ueberstüzung erklärt sich daraus, daß der linke Flügel unter der Führung Gailleur einen neuen Vorstoß unternommen hat, um die tolerierte nationale Einheit sofort auch exekutieren zu lassen. Auf Drängen Gailleur's sollte in der großen Programmklärung, mit der der Parteitag abgeschlossen werden sollte, der Satz eingefügt werden, daß die nationale Union mit der Durchführung des radikalen Parteiprogramms unvereinbar sei und daher von allen radikalen Abgeordneten aufs schärfste bekämpft werden müsse. In einer Unterredung zwischen Innenminister Sarraut und dem Parteiführer Daudier gelang es aber, dieser Entschlieung wenigstens die äußersten Zähne abzubrechen. Sie lautet heute nur noch: „Der Parteitag der Radikalen Partei ist nach Anhörung seiner Mitglieder einstimmig der Ansicht, daß die Durchführung seines Programms in der Formel der nationalen Einheit nicht gesichert ist. Nur eine Union der Linken ist in stande, das Parteiprogramm durchzuführen und die Hoffnungen der Demokratie zu erfüllen.“ Diese Entschlieung, die einstimmig Annahme fand, ist immer noch scharf genug. Sie verachtet allerdings auf die formelle

Aufforderung an die radikalen Abgeordneten, das Kabinett Poincaré zu bekämpfen.

Heute vormittag fand im Elysée ein Ministerrat statt, der sich neben der Reparationsfrage in der Hauptsache mit der innerpolitischen Lage, wie sie bei der Eröffnung der Parlamentstagung besteht, befaßt wird. Die Beschließe der Radikalen werden darin eine große Rolle spielen, zumal Ministerpräsident Poincaré noch vor dem Ministerrat eine private Unterredung mit Herriot haben wird.

Sieg der Chauvinisten in Belgien

Die politische Amnestie ganz verbannt

Brüssel, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Die langen Kämpfe innerhalb der Mehrheitspartei und innerhalb der Regierung über die Frage der Amnestie für Kriegsvergehen haben mit einem vollständigen Siege der Chauvinisten und mit einer ebenso vollständigen Unterwerfung der christlich-demokratischen Flamen geendet. Die Regierung kündigt jetzt Abänderungsvorschläge zu dem schon bisher sehr bescheidenen Amnestiegesetzentwurf an, die diese Amnestie zu einer Karikatur machen. Danach kann keiner der politischen Verurteilten seine politischen Rechte wieder gewinnen, es sei denn auf dem besondern Wege der Rehabilitierung, um die die Verurteilten unter Versprechen guten politischen Betragens besonders nachsuchen müssen. Dazu wird sich natürlich kein überzeugter flämischer Nationalist bereit finden. Was die nach dem Auslande geflüchteten Verurteilten anbetrifft, so wird die Amnestie ihre Strafen als verbüßt erklären, aber sie werden als narblos nicht eingetragene in manchen Fällen keine Anagnidung erfolgen, aber darüber will die Regierung nichts Bestimmtes versprechen.

Es ist fast unglücklich, daß die flämischen demokratischen Mitglieder der Regierung diesen Abänderungsvorschlägen zustimmig haben. Bei ihren Anhörungen im Lande werden sie gewiß einen Sturm der Entrüstung hervorrufen.

Poincaré

erneut gegen die Autonomisten

Paris, 6. November. (Eig. Funkbericht.)

Wie die Blätter mitteilen, beabsichtigt die Regierung heute in der Eröffnungssitzung des Parlaments zu verlangen, die autonomen Abgeordneten Rüdlin und Koffe ihrer Abgeordnetenwürde zu entkleiden. Die Kolmarer Verurteilung hat bekanntlich die Anerkennung der bürgerlichen Ehrenrechte gegen die beiden Verurteilten zur Folge gehabt. Da jedoch die Kammer ihre Wahl als Abgeordnete bestätigt hat, muß ein neuer formeller Beschluß gefaßt werden, um sie dieser Würde wieder für verlustig zu erklären. Der Justizminister Barthou hat bereits eine entsprechende Unterredung mit dem Kammerpräsidenten Duiffon gehabt.

Lord Grey gegen das englisch-französische Flottenkompromiß

London, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Der ehemalige britische Außenminister Lord Grey äußerte sich am Montag in London in scharfen Worten über das anglo-französische Flottenkompromiß. Man müsse sich zunächst fragen, so stellte Lord Grey fest, ob man hier einen neuen außenpolitischen Einfall oder einen einseitigen Fehler gegenüberüberstände. Er selbst sei geneigt, das Letztere anzunehmen. Sei dies tatsächlich der Fall, so müsse die Regierung alles tun, um den angerichteten Schaden wieder gut zu machen und der Welt zeigen, daß es sich tatsächlich um keine außenpolitischen Neuorientierungen der britischen Politik handle. Die Rückwirkung des Paktes auf Amerika könne nur als katastrophal bezeichnet werden, sie fähre in einer unerkennbaren politischen Entfremdung zwischen Großbritannien und Amerika zum Ausbruch.

Lord Grey forderte schließlich die für die britische Außenpolitik verantwortlichen Männer auf, einen „neuen Start zu machen“, um die Atmosphäre völlig zu klären. Großbritannien müsse alles tun, um die Welt die unglücklichen Fehler der jüngsten Vergangenheit wieder vergessen zu machen.

Eingefandt

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreise, für die wir nur die presserechtliche Verantwortung übernehmen.

Landgerichtsdirektor Soehngen sieht vor:

Angenehm laufen die Justizmachereien durch die Korridore und man merkt, daß heute etwas besonderes im vollen Hause am Stadthaus los ist. Landgerichtsdirektor Soehngen hält Sitzung ab. Wenn man durch den Korridor zum Schwurgerichtssaal geht, wo die Strafkammer unter dem Vorsitz des Herrn Soehngen tagt, liest man an der Tür zum Zubehörraum folgendes Schild: „Auf Anordnung des Herrn Strafkammerpräsidenten ist der Eintritt außerhalb der Pausen nicht gestattet. Die Pausen werden durch den Herrn Justizwachmeister geleitet.“ Die Pausen werden durch den Herrn Justizwachmeister geleitet, und unter ein zweites Schild: „Eintritt verboten.“ Wie teils bekanntgeben, und unter ein zweites Schild: „Eintritt verboten.“ Wie kommt es, daß Landgerichtsdirektor Soehngen dem Justizpublikum den Eintritt zu einer öffentlichen Verhandlung verbietet kann? Unter solchen Umständen ist es doch keine öffentliche Verhandlung mehr. Was ist das Publikum hieran? Es geht doch jedem Staatsbürger frei, wenn er im Besitz einer Einladung ist, während der öffentlichen Verhandlung den Saal zu betreten. Der Herr Justizwachmeister hat jeden einbreitenden Besucher auf Veranlassung des Herrn Soehngen aus dem Saal gewiesen. Diese Anordnungen des Herrn Soehngen müssen endlich aufhören. Denn das Publikum hat es doch nicht nötig, sich derzeit distanzlos behandeln zu lassen. Wir möchten wünschen, daß der Herr Justizminister einmal eine Sitzung des Herrn Soehngen unter den Zuschauern mitnähme. Wir glauben bestimmt, daß er dadurch günstige Anregungen für die Reform der Prozedur bekommen würde.

Vergeßt nicht, für Eure Partei und für Eure Presse zu werben!

Ämtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 5. November.

1 Pfund Sterling.....	20,857	100 franz. Francs.....	80,715
1 Dollar.....	4,1955	100 ösch. Kronen.....	12,432
100 holl. Gulden.....	168,23	100 Schweiz. Francs.....	80,715
100 Belg. = 500 Franken.....	58,295	100 Belg. = 100 Francs.....	67,71
100 norm. Kronen.....	111,76	100 ösch. Kronen.....	112,11
100 Dantsch. Gulden.....	81,98	100 Pengö.....	73,10
100 Lire.....	11,985	100 schw. Schilling.....	58,99
100 dan. Kronen.....	111,82	100 dän. Kronen.....	46,975

Wasserstand

6. November

Rastatt.....	0,66	Rastatt (Unter-Wege).....	1,54
Reiße (Stabs) vom 5. 11.	0,65	Döbenfurt.....	0,79
Reißenburg (Unter-Wege).....	1,50	Reißenburg (Stabs) vom 5. 11.	1,54
Breis (Rastatt).....	1,54	Reißenburg (Stabs) vom 5. 11.	1,54
Treßlen.....	1,02	Wasserstände + 10°.....	

Zum Alltag u. zum Feste bleibt Christ's Brot doch das Beste!

Gewerkschaftshaus, großer Saal
Dienstag, den 6. November
abends 8 Uhr

Mandolinen-Konzert

der Freien Mandolinen- und Gitarren-Vereinigung sowie ihrer Jugend- u. Kindergruppen unter Mitwirkung des Arbeiter-Gesangsvereins „Blüh“ auf

Eintrittspreis pro Person 55 Pf. einschließlich Steuer

Konzerthaus
WAPPENHOF
*
Heute Dienstag ab 4 Uhr:
Große Nachm.-Varieté-Vorstellung
mit dem neuen November-Programm.
Eintritt 25 Pf. — Anschließend:
Der große beliebte Wappenhofball
mit Varieté-Einlagen.
Morgen Mittwoch 8203
2 Vorstellungen
4 Uhr und 8 Uhr.

Otto Henel: Vierhundert Jahre Schindluder

Historische Kleinbilder von Untertanen u. ihren Herren
Mit 66 zeitgenössischen Abbildungen
nur 5.00 Mk.
Volkswacht-Buchhandlungen
Neue Graupenstr. 5
Neue Taschenstr. 11
Flurstraße 4

Der Kreis-Kalender des Kreises Neumarkt i. Schl.
— Jahrgang 1920 —
ein echtes Heimatbuch, 244 Seiten stark, reich illustriert, ist loeblich erschienen und zum Preise von 80 Pf. vom Heimat-Verlag Karl Groda, Neumarkt i. Schl. zu beziehen.

KOCH NÄHMASCHINEN
für Haushalt, Heimarbeit u. Gewerbe
10 Mark wöchentliche Anzahlung **2,50** Ratenzahlung
Jos. Greulich, Mechanikermstr.
8199 Herrenstraße 24. Tel. 50765
Eigene Reparaturwerkstatt

Stadt-Theater
(Opernhaus).
Dienstag
19.30 bis gegen 22.45:
5. Abonn.-Vorst. Serie F
„Die Zauberflöte“
Mittwoch
19.30 bis gegen 22.45:
5. Abonn.-Vorst. Serie G
Der Barbier von Sevilla
Donnerstag
20 bis 22.45 Uhr:
Die lustigen Weiber von Windsor.

Schauspielhaus
Sprellentheater — Tel. 36300
Täglich 8 Uhr:
„Die Herzogin von Chicago“
Sonntag nachm. 15¹/₂ Uhr:
Prinzessin Xi-Xi-Ba.

Lobe-Theater
Leffingstr. 8. Tel. 56747
Dienstag 15.30 Uhr:
Arm wie eine Kirchenmaus
Lustspiel Ladislaus Feder
Dienstag 20.15 Uhr und täglich:
Kater Lampe
Komödie von Emil Rosenow.
Thalia-Theater
(Tel.: 56747) 8159
Dienstag 20.15 Uhr und täglich:
Wie es euch gefällt!
Lustspiel von William Shakespeare.

LIEBICH
Theater
Täglich 8 Uhr
! ? Dante ? !
und das große November-Programm mit für Breslau gänzlich neuen Varieté-Attraktionen
Tel. 34645

Buchhdlg. Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3, Neue Graupenstraße 5

Urania
12 Monatshefte und 4 Bücher
Des **Deutsches Reiches**
In Breslau durch die **Volksbibliothek** u. **Buchhdlg. u. die Buchhandlung**.

Donnerstag, den 8. November, nachm. 3 Uhr im „Schlesischer“
Kaffeestunde
Breslauer Hausfrau
Motto: **2201**
Aus der bunten Tüte
Gesang — Musik — Tanz — Humor
Zum Schluß:
Guten Morgen, Herr Fischer
Operette in einem Akt
Mitwirkende: Käthe Habel-Reimers, Eise Veit, Hanne Golz, Alfred Schörzer, Alfred Habel, Max Veit
Hauswirtschaftliche Ausstellung
Karten: Breslauer Hausfrau, Ohlauer Straße 16
Hainauer, Schwandlitzer Str. 52, Gartenstraße 20/1

Einzig für glückliche Annoncen in diesem Sinne!

Für 1 Mk. gewinnen zwei Familien je ein vollständig eingerichtetes Landhaus, Wert je 50000 Mk.

Zeit! Die letzten Volkswacht-Lose!
Bestellen Sie noch heute, denn bereits morgen beginnt die Ziehung!
*Willkür nicht vorwärts
ein Lösungsgewinn auf Sie!*

Lose 1 M., Doppellose 2 M.
Besonders zu empfehlen
Glücksbriefe
5 Lose — 3 M.
10 Lose — 10 M.
Porto und Liste 35 Pfennig extra
Versand geg. bar. Briefmarken u. auch geg. Nachnahme
Arndt
Lottorie-Bank • Breslau V
Eckhaus Tautenzienplatz 1
Postcheckkonto: Breslau 2571

Reihweise elegante
Frau- u. Mod-Anzüge
Herm. Mohaupt
nur Kaschstraße 1, i
neue Anzeigen, Tel. 4082

Sie verdienen täglich
10 Mt. an Schürzentel. Nur
persönlich kommen.
Reste
in Serge, Mittel, Weinwand
Hemdfutter • Hochbau
Garn, Knöpfe, Krenelle,
Grosi, alles sehr billig, prima
Ware • Detail und Engros
Bertold Lippert
Heinrichstraße 16 8076
Filialen: Oberstraße 17
und Weigertbergstraße 43.

Parteilreunde
kauft an Bahnhöfen,
verlangt in Hotels,
Restaurants, Cafés
stets die
Volkswacht

Stubenläufer
Reste 1¹/₂ bis 8 Meter lang,
Meter 1.85, 1.45, 1.10, 0.75,
G. Friedländer
Sonnensstraße 30.

Reihweise
Frau- u. Smoling-Anzüge
nur neueste Fassons
C. P. Pätzold
Königsstraße 7/8, I.
Kipping-Aushang.

Kleine Anzeigen
sind kompakt gelesene ein-
seitige Anzeigen von Wer-
tungen, Kaufgesuchen u. a.
nur von Privaten. Wort
3 Zeilen, Zeit 4 Pfennige

Gut erhaltener Herrenkoffer
preiswert zu verkaufen, Goethe-
straße 8, I. Etage. 1064

Elektr. Speisegeräte-Krone
fast neu, sehr billig Mart-
hardt, Siebenbürg. Str. 68, III.

Bügel zu verkaufen: 1 preis-
teilig, eigener Schrank mit
Spiegel, 1.60 m br., Wobargel,
Bormerstraße 34. 1063

Kaffee Hag hat uns große Dienste geleistet!

[768] Von allen Reizmitteln verursacht mir Coffein das stärkste Unbehagen. Ich habe den ernsthaften Versuch gemacht, auf alle Genußmittel vollständig zu verzichten, bin aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß dies innerhalb einer Kulturgesellschaft eine Unmöglichkeit ist. Ihr Erzeugnis entspricht also einem wirklichen Bedürfnis. Seinen Wert wird vor allem der Herz- und Nervenkranke richtig einzuschätzen wissen.
Walter Klinge.

[683] Meine Frau und ich sind starke Kaffeetrinker und versuchten im vorigen Jahre bei einer Freundin Ihren coffeinfreien Kaffee Hag. Seitdem verbrauchen wir nur Ihren Kaffee, der uns gut schmeckt und tatsächlich keinerlei Beschwerden, weder vor noch nach dem Schlafen, verursacht.
Hugo Müller.

(683) Wir trinken nur noch Hag...

(950) Ich möchte ohne Hag nicht mehr leben...

[705] Ich trinke, seitdem es nach dem Kriege wieder Kaffee Hag gibt, nur diesen. Auch in Cafés und in der Sommerfrische halten wir daran fest. Sie mühten gerade den Bade- und Kurgästen dringend ans Herz legen, nur noch Kaffee Hag zu verlangen, denn was nützt eine Bade- und sonstige Kur, wenn sie durch den Genuß coffeinhaltigen Kaffees illusorisch gemacht wird. Wir haben uns in diesem Sommer so gut erholt, wie in keinem Jahre vorher und haben dies in hohem Maße Ihrem Kaffee Hag zu verdanken. Feder Magen-krankte sollte unbedingt das Coffein meiden.
Frau E. Künzler.

[950] Ich habe ein nervöses Magen-leiden und mir wurde vom Arzt als Kaffeetrinken nur Kaffee Hag verordnet. Ich bin an diesen wunderbaren Kaffee nun so gewöhnt, daß ich ohne ihn nicht mehr leben kann.
Carl Zöllner.

Aus dem Archiv der Kaffee-Handels-Aktiengesellschaft, Bremen

Breslauer Nachrichten

Breslau, den 6. November 1928.

Ueber die Breslauer Finanzpolitik

spricht morgen Mittwoch, 20 Uhr, im Zentral-Saall in öffentlicher Versammlung Stadtverordneter Friz Pietsch

Breslau schreibt täglich 280 000 Briefe

Von der Arbeit der Stephanjünger — Ununterbrochener Betrieb im Bahnhofspostamt Breslau II — Schmerzensinder der Briefpost — Das Postfachamt der größte Kunde — Eine neue Einrichtung: Richtungsbriefkästen

Wenn der große Postmeister Stephan heute aufstehen würde, um sich einmal bei dem ihm so wertvollen Postbetrieb anzusehen, er würde staunend aus dem Staunen nicht herauskommen. Unter welchen Umständen und in welchem Ausmaße seine heutigen Forderungen gerecht zu werden, davon konnte er sich zu seiner Zeit bestimmt keine Vorstellung machen. Und da viele der heutigen Menschen die Post nur vom Briefträger oder vom Markenschalter her kennen, gab die Oberpostdirektion der Presse einmal die Gelegenheit, einen Blick in den emstigen Betrieb zu tun, der die Aufgabe hat, alle in Breslau geschriebenen Briefe an den Mann zu bringen.

Das Bahnhofspostamt Breslau II. Jeder kennt den langgestreckten Bau am Fräntelplatz, an dem durch die großen Fenster zu jeder Tages- und Nachtzeit ein eifriges Leben wachsender Menschen wahrzunehmen ist. Hier läuft täglich all das zusammen, was in Breslau geschrieben und der Post zur Beförderung übergeben wird. Schon mit der Briefkastenentleerung fängt die Arbeit der Post an. Ein ganz sorgfältig durchdachter Reinigungsplan muß vorhanden sein, nachdem das gesamte Material regelmäßig so hineingeholt wird, daß es bis zur Mitternachtsstunde auch aus Breslau herauskommt. Die Stadt ist in mehrere Teile gegliedert, in denen die Briefkastenentleerung hauptsächlich durch die Postämter I und II vorgenommen wird. Unaufhörlich kommen die Radfahrer, die die Briefkästen besichtigen, mit den vollen Säcken an, ihnen folgen die gelben Dreiradautos, die das Material aus den Säulenbriefkästen zusammenholen. Durchschnittlich 280 000 Briefe und Karten müssen alltäglich die notwendige Bearbeitung erfahren, die erforderlich ist, um sie auf dem schnellsten Wege in die Hände der Adressaten gelangen zu lassen.

Diese Bearbeitung der Briefschaften ist nicht so einfach, ganz besonders, wo es sich um solche riesigen Mengen handelt. Die sich aufstürmenden, wie durcheinanderliegenden Berge müssen erst „geklärt“ werden, wie der Hausdruck für die oberflächliche Sortierung lautet. Ortsbriefe, Fernbriefe, Ortskarten, Fernkarten. Die Beamten brauchen den Ortsnamen nicht zu lesen, um diese Unterscheidung herauszufinden. Sie sehen nur nach der Frankierung. Karten mit 5 Pfennigmarken sind Stadt-, mit 8 Pfennigmarken Fernpost; ebenso bei den Briefen. Nun geht es an die Stempelmaschinen. Minute um Minute flitzen 600 Karten oder etwa 2000 Briefe in nicht endenwollender Kette an dem rotierenden Stempel vorbei. Nebenher arbeitet eine Barfrankierstempelmaschine, wo Markenentwertungen, die bar bezahlt werden, den Barstempel als Markenersatz erhalten. Schon beim Stempeln machen sich die Schmerzensinder der Briefpost bemerkbar. Briefumschläge, die am oberen Rande den Firmenaufdruck haben, können nicht maschinell entwertet werden, weil die aufgestellten Marken zu tief auf die Mitte zu gelebt sind. Ebenso müssen auch mit mehreren Marken untereinander besetzten Briefschaften extra sortiert werden. Neben diesen liefern noch Großformate die Arbeit für die Hammerstempel.

Die Großsortiererei. Die Beamten müssen gewiegte Geographen sein. Hier wird nach Eisenbahntrecken sortiert, da ja die Beförderung von der Eisenbahn abhängig ist. Freilich, für Zweifelsfälle sind Orientierungskarten vorhanden, aber die dürfen nicht oft in Anspruch genommen werden, sonst werden die 280 000 Briefe nicht fertig.

In der Feinsortiererei werden die einzelnen Strecken nach Ortschaften getrennt. Jeder Ort mit mehr als 10 Briefen bekommt sein Briefpaket, das mit einer Patentverschmürung umwickelt wird. Diese Arbeit ist notwendig, weil die in den Bahnpostwagen tätigen Beamten sonst nicht fertig werden. Sie haben ja mit der Sortierung der unterwegs aufzunehmenden Post alle Hände voll zu tun. Die Briefpakete wandern weiter in die Verladestelle, wo sie in die großen Leinwandbände verpackt werden, von denen täglich etwa 350 bis 400 Stück in die Postzügen verfrachtet werden.

Diese gesamte Arbeit muß mit der größten Beschleunigung durchgeführt werden, denn bis kurz vor Mitternacht kommen die aus den Briefkästen mit Nachlieferung hereingeholtten Sendungen an und müssen mit den Nachzügigen noch heraus, denn die Kunden der Post verlangen doch schließlich für ihr Geld, daß sie prompt bedient werden.

Daß der Post die Arbeit nicht zu leicht wird, dafür sorgen schon die Abhender und es gibt allerhand Schmerzensinder im Briefpostverkehr, die sich gerade keiner besonderen Beliebtheit erfreuen. Da sind die Massenauflieferer an den Briefkästen. Sie scheuen den Weg zum Postamt oder wenigstens zum Säulenkasten, stattdessen überladen sie die kleinen Kästen und die Folge davon ist, daß Langfahrer durch die Kastenflappe etwas herausangeln können und tatsächlich von dieser Gelegenheit Gebrauch machen. Ein anderes Schmerzensind sind die Briefe nach Berlin, auf denen das Zustellpostamt nicht angegeben ist. Berlin wird nämlich vorfortiert, was den Vorteil hat, daß die Briefe schon am nächsten Morgen beim ersten Postgange ausgetragen werden. Fehlt jedoch das Zustellpostamt, dann kommen die Sendungen in die unsortierten Säcke nach Berlin und müssen dort erst sortiert werden, weil schließlich die Breslauer Beamten nicht noch wissen können, zu welchem Postamt diese und jene Berliner Straße gehört. Nicht sehr beliebt sind auch die Fensterbriefe, bei denen sich der Adressat des Briefes schreiben der Adresse erspart, indem er die Anschrift des Briefes unter den bekannten durchsichtigen Streifen des Umschlages steckt. Meist ist nämlich dieser alloverhängige Streifen auf den Umschlagen so unübersichtlich, daß die darunter befindliche Anschrift kaum gelesen werden kann.

Selbstverständlich hat der größte Teil der Kundschaft ein Interesse daran, daß seine Briefschaften auf dem schnellsten Wege bedient werden, weshalb man sich bemüht, durch vollständige und leserlich geschriebene Adressen der Post keine Bilderrätsel aufzugeben; trotzdem werden aber auch die Außenleiter eben so prompt bedient, wie der größte Kunde der Breslauer Briefpost, das Postfachamt. Nicht weniger als 20 bis 25 000 Briefe liefert es täglich auf, in denen es seinen Kontoinhabern das Geld und haben mitteilt. Schnellste Erledigung der Aufträge ist ein Streben der Post, weshalb nun in den nächsten Tagen in Breslau eine neue Einrichtung getroffen werden soll, die es ermöglicht, die Briefschaften, die 9 Minuten vor Abgang der Nachtzüge nach den Hauptstellen in den Richtungsbriefkästen gesteckt werden, nach mit diesen Zügen abzugeben. Angefangen mit der Strecke und der Abgangszeit des Zuges werden den Benutzer jeweils genau

unterrichten. Bisher wird dieser Richtungsbriefkasten nur im Hauptbahnhof aufgestellt werden.

Das Bahnpostamt, das täglich diese 500 Meter hohe Briefsäule (jeder Brief zu 2 Millimeter Stärke gerechnet) vom Breslauer Bahnhofspostamt zur Beförderung übernimmt, muß aber gleichzeitig auch noch täglich etwa 170 000 über Breslau durchgehende Briefsendungen abfertigen und die nach Ober- und Niederschlesien verkehrenden Eisenbahnpostwagen mit Beamten besetzen, denen die Erledigung sämtlicher Aufträge an die Post obliegt.

140 Beamte und Aushilfskräfte sind Tag um Tag, Nacht um Nacht ununterbrochen, damit beschäftigt, die in Breslau geschriebenen Briefe schnellstens abzufertigen. Ein wertvolles Stück Arbeit an der Aufrechterhaltung des gesamten Wirtschafts- und Gemeinshaftens. Nicht nur an dieser einen Stelle, sondern überall, im ganzen Reich, wo die Post irgend eine Erledigung übertragen bekommt, müssen die Stephanjünger, das große Heer der Postarbeiter im Poststad, Tag und Nacht auf dem Posten sein, damit die Beförderung aller nur erdenklichen Nachrichten auf die schnellste Art und Weise erledigt werden kann.

Zur Jahrestagung des Sturzes der Hohenzollern

am 9. November 1928, abends 8 Uhr, spricht im Breslauer Konzerthaus Genosse

Otto Bauer-Wien

Die Feier wird weiter ausgestaltet durch Orgelvorträge, Vorträge der Arbeiterlänger und durch die Auf-führung des Sprechchorwerkes: „Der Aufstieg“ von Karl Dank durch den Sprechchor der Arbeiterjugend.

Alle Eisenbahner

erscheinen Mittwoch, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7.8, zu einer Versammlung, in welcher Stadtverordneter Krumm über die Breslauer Finanzsorgen spricht.

Hinter den Kulissen der Heilsarmee

Einer, der dabei war und genug hat, schreibt uns: Wöchte doch einmal die Öffentlichkeit für einige Tatsachen, die in der Heilsarmee passieren, interessieren. In meiner Tätigkeit (zwei Jahre) als Offizier der Heilsarmee habe ich gesehen, wie man Leute um ihre paar Groschen betrügen kann. Die vielumstrittene Frage ist: Wohin geht das Geld, welches gesammelt wird? Die Offiziere der Heilsarmee müssen es ja verheiraten, und deshalb lügen sie. In ihrer Heilsarmee-Kabettendünkel lernen sie, daß 10% aller Gelder (Einnahmen) nach England, dem sogenannten Internationalen Hauptquartier, gehen. Was weiter verbleibt, wird für die Offiziersgehälter verwendet. Ein Offizier im Range eines Ensign bekommt pro Woche 60 Mark, freie Wohnung, Licht und Heizung. Nur ein kleiner Prozentsatz wird für Arme gegeben. Hat ein armer Mensch keine 60 Pf. zum Übernachten, kann er eben im Freien schlafen. Hier in Breslau passiert vor noch gar nicht so langer Zeit ein sehr interessanter Fall: von den vielen Klebstücken, die der Heilsarmee für arme Leute gegeben werden, wurde noch sehr gut erhaltenes Kleider als Lumpen verkauft. Eine arme Frau wollte für ihre Kinder etwas zum Anziehen haben, worauf der Heilsarmee-Kapitän sagte: „Etwas mit dem Knüttel kann sie bekommen.“ Solche und ähnliche Dinge passieren jeden Tag. Die vielen Möbelstücke, die für arme Leute gegeben werden, werden zu Brennholz zerhackt. Ist so etwas nicht traurig? Entspricht das christliche Nächstenliebe? Wann werden denn die Menschen vom 20. Jahrhundert klug? Michel, wache auf! Die Heilsarmee ist ja nur ein reines Geldgeschäft, ja, sie macht vielen, von denen sie unterstützt wird, noch eine große Konkurrenz (die Handelsabteilung der Heilsarmee, wo man alles bekommen kann). Auch kann man die Heilsarmee als eine Menschenverwertungs-Gesellschaft betrachten. Alles andere ist die Heilsarmee, nur nichts Gutes. Ja, sie zerstört glückliche Familien, entzweit Eltern mit ihren Kindern; ist das nicht traurig? — Diese Zeilen schreibe ich, um meinen deutschen Staatsbürgern einmal etwas von der eigentlichen Arbeit der Heilsarmee zu zeigen, und nicht, weil ich nicht mehr in der Heilsarmee bin. Ich ging auch ganz von selbst aus der Heilsarmee, weil ich diese Ungerechtigkeit nicht mehr ansehen konnte.

Ich möchte noch kurz von dem Leben eines verheirateten Offiziers der Heilsarmee berichten. Es ist traurig, wenn sich der angebliche Seelforger nicht mal mit seiner Frau vertragen kann, daß sich die Frau, weil sie ihren Mann, ein Heilsarmee-Offizier, mißhandelt, unter polizeilichen Schutz stellen muß oder in einem anderen Falle sich das Leben nehmen will. Dann stellt man sich hin und predigt von Nächstenliebe, und selbst handelt man nicht danach. Meine Auffassung ist, daß man dieses erst selbst ausleben muß. Michel, wache auf!

Deutscher Auto-Club

Die Landesgruppe Schlesien veranstaltete am Sonntag eine wohlgeplante Gesellschaftsfahrt ins Schlesierteal. Um die Mittagszeit hatten sich 34 Wagen und mehrere Motorräder in der Schlesiertealbaude am Stauffer Breitenhain eingefunden, obwohl das Wetter zu wünschen übrig ließ. Unter den anwesenden Mitgliedern bemerkte man unter anderen Oberpräsident Rüdemann-Breslau und Regierungsvizepräsidenten Wille-Viegnitz. Nach kurzen Begrüßungsworten des Vorsitzenden des Arbeitsausschusses wurden die künstlerisch ausgestatteten Plaketten verteilt, die den Teilnehmern an der Fahrt nach Bad Carlsruhe verliehen wurden. Der geplante Motorradwettbewerb des Herrn Guse mußte wegen der schlechten Bodenbeschaffenheit auf eine spätere Veranstaltung verschoben werden. Die Rückfahrt ging über Wüstewaltersdorf, Sieben Kurfürsten nach Reichenbach, wo sämtliche Teilnehmer sich noch einmal zu einer gemühtlichen Kaffeestunde zusammenfanden. Die Fahrt verlief ohne jeden Zwischenfall und hat dem Club wiederum neue Anhänger zugeführt.

Zweites Konzert des Volkshors und des Arbeiter-Bildungsausschusses

Am Mittwoch, den 14. November, abends 20 Uhr, findet im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17, das zweite Konzert des Volkshors Breslau und des Arbeiter-Bildungsausschusses statt. Es ist der erste

Franz-Schubert-Abend

Auf dem Programm stehen Männerchöre, Frauenchöre, Gemischte Chöre. Von den zur Aufführung gelangenden Chorwerken des großen Komponisten, dessen Tod sich am 19. November zum 100. Male jährt, seien folgende genannt: „Symphonie an den Unendlichen“, „Jägerchor“ und „Hirtenchor aus dem Drama „Rosamunde“, „Im Gegenwärtigen Vergangenes“, und „Marias Siegesgesang“. Außerdem stehen eine Reihe von Liedervorträgen durch Solisten auf dem Programm. Als Solisten wirken mit: Charlotte Dietrich (Sopran), Elisabeth Böhm (Alt). Thea Geisler begleitet die Chöre und Solisten auf dem Klavier.

Mit den Kinderfreunden bei deutschböhmisches Kindern im Kinderfreundeheim Neffeles, Tschochlowatei.

Nicht weit von der deutschen Grenze, dem Grenzort Treibau, steht auf sanfter Höhe, 600 Meter, das schöne schmucke Kinderfreundeheim Neffeles, jetzt Freundschaftsbaude genannt. Es gehört den Schredensteiner Kinderfreunden in Böhmen, deren Genossen opferfreudig geduldet und gearbeitet haben, um das Heim zu errichten. Eine kleine Ortsgruppe, noch nicht 100 Mitglieder stark, hat tausende von Mark zusammengebracht, die für das Heim benötigt wurden. Die Breslauer Arbeiterkinderfreunde waren vergangenes Jahr zweimal zu Gast mit 30 Kindern, auch dieses Jahr hatten zwei Gruppen die Gastfreundschaft der tschechischen Kinderfreunde in Anspruch genommen. In einer wundervoll prächtigen Gebirgslandschaft liegt das Heim und unten rauscht die wilde Adlerbahn. Wir lassen die Erinnerungen eines 14jährigen Jungen der Arbeiter-Kinderfreunde folgen, der acht schöne Ferientage in dem Heim verbringen konnte.

Neffeles! Welche Erinnerungen ruft es in mir wach. Obgleich ich sonst nicht so von landschaftlichen Reizen begeistert bin, erinnere ich mich immer doch gern der bewaldeten Höhen und der romantischen Täler, in denen sich romantisch gelegene Ortschaften hinter großen Waldbeständen verstecken. Und wenn ich dann noch die wilde Adler zu hören vernehme, wie sie in ihrem schneidenden Flug über dem Waldesdach dahinspringt, so fühle ich mich in Neffeles. Es ist ein schönes Zeichen des Fortschritts sozialistischer Kinderarbeit, daß es sonst in den Mietstafeln eingepferchten Arbeiterkindern der Großstadt möglich wird, schöne, sonnige Ferientage in malerischer Landschaft zu verbringen. Das Heim, das uns während unseres achtstägigen Aufenthaltes beherbergte und gepflegt, liegt auf einer kleinen Anhöhe, die sich über dem hohen Land erhebt. Von hier aus hat man die Aussicht auf die wilde Adler, die am häufigsten das Ziel unserer Abtecher war. Ihr kräftiges Rauschen und die gigantischen Formen ihrer Felsenumgebung erregten uns oft stundenlang. Wie schön war es doch, hier seine überprudelnde Lebenskraft auf den Felsen und im Wasser austoben zu können. Von der frischen wüsten Waldluft und dem Aufschall im Wasser hingen wir gemüht, flossen wir dann nach Hause; einer den anderen an Schnelligkeit übertreffend, bergauf, bergab, bis wir in dem einfachen aber praktisch eingerichteten Heime anlangten. Hinzu in die Schlafzimmere gestürzt, Seife und Handtuch geholt, und heidi ging es in den Nachraum. Nach gründlicher Reinigung ging es mit Baldampf in den Tagesraum und schon bringt der Tischdienst, zwei Kinder aus unserer Gruppe, das Essen, das die ständig arbeitenden Küchenfrauen sorgfältig und man kann sagen mit guten Zutaten bereitet haben. Nach dem Singen eines gemeinsamen Liedes beginnt das Essen. Man muß aber nicht denken, daß der Tagesraum von uns gefüllt war; o nein, da saßen noch 3 B. die Schredensteiner, die Reichenberger Schul- und Kinderfreunde, die in noch reichlicherer Zahl als wir da waren. Sie blieben noch vier Wochen, während unsere acht Tage reichlich kurz sind. Nach dem Essen ist von 3-4 Uhr „Liegestunde“, die streng eingehalten wird. Da wir mit den böhmischen Kindern die Schlafzimmere teilen, haben wir jetzt reichlich Zeit, sie kennen zu lernen. Sie sind in der Heimarbeit und in der Ordnung nicht ganz soweit wie wir, das kommt aber daher, daß bei ihnen außerordentlich wenig Helfer tätig sind. Immerhin war mit ihnen eine ganz gute Gemeinschaft möglich geworden. Ihrem Leiter, einem Wiener Genossen, machten sie viel zu schaffen. So war es keine Seltenheit, daß seine Jungens auf dem Dach des Tagesraumes spazieren gingen, das vom Fenster des Anabenschlafzimmere zu erreichen war. Die erste Parole bei solchen Jahresrückblicken ist Verschwiegenheit. Ein Junge äußerte sich mir gegenüber einmal in seinem ländlichen Dialekt: „Wer brauchen keine Klatschmemmen.“ Mit den deutschböhmisches Kindern waren wir auch oft zu Spiel und Tanz bei dem Gasthof Kur, der sich bei der Adlerbrücke befindet, die Deutschland und die Tschochlowatei verbindet. In der Ausführung der Tänze gab es mit den böhmischen Kindern Verschiedenheiten. Wir einigten uns auf die Weise, daß erst nach der böhmischen Art und dann nach unserer Art getanzt wurde. Hatten wir uns erschöpft, so ging es zur „Pause“, Beier sagen wir. Reichlich fütterten war die Parole. Der Erfolg zeigte sich in der Differenz zwischen dem ersten und dem letzten Wiegen. Bis 4 Pfund hatten wir zugenommen. Nun soll man aber nicht nur denken, wir tollten nur, nein, wir hatten auch andere Unterhaltung. Schach, Mühle, Dame und Stachenspiel wurden im Zimmer getätigt, Bücher gelesen, Geige und Laute gespielt und anderes mehr. Zum Schluß schildere ich eine Fete, die für uns selbstverständlich ist, den böhmischen Kindern aber etwas Außergewöhnliches und Neues war. Es war eine eindrucksvolle Antikriegsfeier. Im Mittelpunkt waren einige Ausführungen des Wiener Genossen. Vorklungen aus Schweiz und sozialistischen Zeitschriften unterstützten die Rede. Gesänge, das Halbduell von 3 Kerzen und der rotgedeckte Tisch erhöhte die Ahnung des grausamen, vergangenen Mordens. Als Abschluß überreichten wir eine von einer Kindergenossin verfertigte Zeichnung, die die Verbrüderung der Arbeiter aller Länder darstellte, um sich von der Herrschaft des Kapitals zu befreien.

Das Kinderfreundeheim in Neffeles ist es wahrlich wert, daß es von den tschechischen und Breslauer Genossen mehr beachtet wird. Von der Grenzstation Mittelwalde ist es bequem in 2 1/2 Stunden zu erreichen. Hier verleben nicht nur Kinder ihre schönen Ferientage, und es ist nicht nur im Sommer geöffnet, nein, es dient auch den Wanderern und Sportlern im Sommer wie im Winter als seine Unterkunft. Ueberrnachtung und Verpflegung ist billig, da ja die Lebenshaltungskosten in der Tschochlowatei etwas billiger sind. Mögen die sport- und wandertreibenden Genossen nicht veräumen, das Heim im Adlergebirge zu besuchen. Es ist auch von dem Winter Gebirge leicht zu erreichen. Wir unterlassen damit die tschechischen Genossen, die sich in harten Arbeiterkämpfen das Heim geschaffen haben. Vielen deutschen Genossen kann es gleichfalls als freudige Ferien- und Erholungsstätte dienen.

Achtung, Einbahnverkehr!

Das Wesen des Einbahnverkehrs liegt darin und mit sein Hauptzweck ist es, daß der Durchgangsverkehr durch den unterbrochenen Verkehr nicht behindert werden soll. Eine Folge davon ist, daß Automobile und andere Fuhrwerke im Durchgangsverkehr an den Straßenbahnhaltestellen nicht mehr anhalten und warten, bis die Straßenbahn sich in Bewegung setzt, sondern ohne Unterbrechung links in der Fahrtrichtung an der Straßenbahn vorbeifahren. Hierauf muß das Publikum immer wieder hingewiesen werden, da es an diese neuen Verhältnisse noch nicht ausreichend gewöhnt ist und dadurch Gefahr läuft, beim Ueberschreiten des Fahrdammes von seinem vorbeifahrenden Automobil oder sonstigem Fuhrwerk erfasst und verletzt zu werden. Besonders sollten Schulkinder auf die neue Regelung aufmerksam gemacht werden. Daneben aber ist es notwendig, daß auch die Kraftfahrer und Fußgänger wenigstens in der Ueberrgangszeit jede nur mögliche Vorsicht walten lassen und beim Ueberschreiten der haltenden Straßenbahn ein möglichst langsames Tempo wahren.

Am 9. November

werden die Briefe der Gewerkschaften ab 18 Uhr geschlossen gehalten. Es wird gebeten, diese Bekanntmachung in den Mitteilungen zu verbreiten.

Museumsführung des Arbeiter-Bildungsausschusses

Am Sonntag, den 11. November, vormittags 10 Uhr, findet eine Führung durch die Abteilung für neuere Kunst des Museums der bildenden Künste statt.

Arbeiterlänger

Die Männerchöre und Männerabteilungen der gemächten Chöre sammeln sich am Freitag, den 9. November, 1930 Uhr, im Konzerthaus zur Mitwirkung an der Revolutionsfeier hinter dem Sängerpodium.

Ruffischer Sprachkursus des Arbeiter-Bildungsausschusses Der Kursus findet in der Gewerbeschule, Gartenstraße 27/29, im Zimmer 16, statt.

Alle Zimpeler Genossinnen und Genossen,

besonders alle Jüngere, die sich beim Genossen Krauß gemeldet haben, kommen heute Abend, Punkt 20 Uhr, zur Gründungsversammlung in die Röhrlöhle (Erholungsheim der W.R. Grünecke).

Ein Parteischulungskursus in Zimpel

unverzüglich nicht durchführbar. Allen Genossinnen und Genossen aber, die sich sozialistisch schulen wollen, und nur den weiten Weg zum Schulungskursus in der Stadt scheuen, wird jetzt dazu durch die Gründung einer Jungsozialistengruppe in Zimpel Gelegenheit geboten.

Jubilärsfeier des Distrikts 26

Am 20. Oktober fand bei Gentscher in Morgenau die Jubilärsfeier des Distrikts 26 statt. Der größte Teil der Jubilare, 40 Genossinnen und Genossen, die der Partei 20 Jahre und länger angehören, hatten sich an der Blumengeschmückten Tafel eingefunden.

Es folgte dann die Ueberreichung „Der Geschichte der Sozialdemokratie“ als Ehrengabe der Parteio rganisation Groß-Breslau und des Parteizweigs mit dem Silberkranz als Ehrengabe des Distrikts 26.

Zur Veranschaulichung des Weges an der Weide unternimmt der Wegenausschuss des Breslauer Verschönerungsvereins am nächsten Mittwoch, dem 7. November, eine weitere Begehung des Weidegebietes.

Städtische Skiturie im Stadion

Sonnabend, den 10. November (9-12 Uhr) beginnt im Stadion ein Skiturierkursus unter der Leitung von Diplom-Sportlehrer Dr. Zerbe. Zwei einleitende Vorträge behandeln: 1. Schneehuhe und Ausrüstung, 2. Lauftechnik.

Ein unverbesserlicher Sittlichkeitsverbrecher

Zum vierten Male sollte sich der 53 Jahre alte Kassierer Wilhelm Krause von der Kornstraße wegen Sittlichkeitsverbrechen begangen an Kindern vor Gericht zu verantworten. Er ist bereits mit drei anderen Verurteilungen wegen Sittlichkeitsverbrechen belastet.

Ein Stelligen vor dem Binzenhause

gab es am Montag Abend die von einem Baron n. G a r t m a eingeladenen rechtschaffenden, kaltherren Kette, die von dem Admiral S i c h e r s t e r g e n 20 Uhr eintritt bei der Wache über den Kaiser begibt werden sollte.

an den Stammtisch oder sonst irgend wohin, — um einen zu verlöten.

Es scheint doch sehr mau um die Wahrheit über den Deferreur bestellt zu sein. Daß sich kein Erfahrungsfahrer fand, der die in Tränen zerfließenden Gemüter ein wenig besänftigt hätte, scheint ein Zeichen dafür zu sein, daß auch in Reichstreffen die Figuren sehr spärlich sind, die jowiel „Wahrheit“ auf einmal sagen können.

Nachreichung

Nach § 11 der Maß- und Gewichtsordnung vom 30. Mai 1908 — RGBl. 1908 Nr. 31 — sind die dem eichpflichtigen Verkehr dienenden Meßgeräte alle zwei bzw. drei Jahre zur Nachreichung zu bringen.

Die Nachreichung der Meß- und Wiegegeräte der Gewerbetreibenden erfolgt im 11., 27., 23. und 26. Polizeirevier in nachstehender Reihenfolge:

Vom 8. bis 14. November: Matthiasstraße Nr. 137 bis 211 und 142 bis 222, Hundsfelder Chaussee und die zerstreuten Häuser nördlich vom Schiffahrtskanal, Hagfeldweg von der Reichen-Oberuferbahn bis zur Fürstenbrücke.

Vom 15. bis 22. November: Michaelisstraße Nr. 61 bis Ende und 34 bis Ende, Weinstraße Nr. 45 bis 85 und 50 bis 88, Schleiermacherstraße Nr. 27 bis Ende und 30 bis Ende, Neue Adalbertstraße Nr. 99 bis Ende und 96 bis Ende, Pestalozzistraße nördlich der Michaelisstraße, Rehdamm Nr. 61 bis Ende.

Vom 23. bis 29. November: Niedereck Nr. 19 bis 27, Weinbergsweg Nr. 15 bis Ende und 16 bis Ende, Seiergasse, Reuterstraße, Rosspolstraße, Lübecker Straße, Luftstraße, Pinderstraße, Bierturnstraße, Eichenlocherstraße, Mittelfeldweg mit Mittelfeld nebst den zerstreuten Häusern südlich vom Schiffahrtskanal.

Vom 1. bis 6. Dezember: Sternstraße Nr. 57 bis 89 und 93 bis 129, 76 bis 152, Brigittental Nr. 9, 11 und 37, Hedwigstraße Nr. 21, 7 bis Ende und 28 bis Ende, Friesenplatz, Friesenstraße, Pflaumenstraße 39 bis Ende und 40 bis Ende, Danziger Straße, Dielenbrockstraße, Auenstraße Nr. 31 bis 51 und 28 bis 66, Novakstraße, Triebstraße, Fürstentorstraße Nr. 90 bis 110, Paritätstraße Nr. 52 bis 58, Weg nach Wilhelmsruh.

Der Vorverkauf ist eröffnet für den großen Aufführung: 10 Tage, die die Welt erschütterten im Zigarrenhaus Häbner, Matthiasstr. 100 in der Sportzentrale, Friedr.-Wilhelm-Str. 69 und im Gewerkschaftshaus-Restaurant

Nach zehn Jahren

gedenken wir derer, die für uns gekämpft haben, um das alte monarchistische System zu vernichten. — Das ist das Leitmotiv des dieswöchentlichen Programms in den Gewerkschaftshaus-Spektakeln.

Die deutsche Filmindustrie hatte vor einem Jahre die Absicht, diese Geschichtsepoche und die Entwicklung der Republik in einem Filme festzuhalten; doch es blieb bei der Absicht, weil das Kapital beschränkt, von dem anzunehmenden Gelde zu wenig Profit zu erwarten.

Im Beiprogramm sehen wir die letzten Jahre einer noch viel älteren Kulturperiode in dem Film „Auf den Spuren der Ägypten“, Musikumrahmung und Bilder aus aller Welt vervollständigen das sehr zu empfehlende Programm.

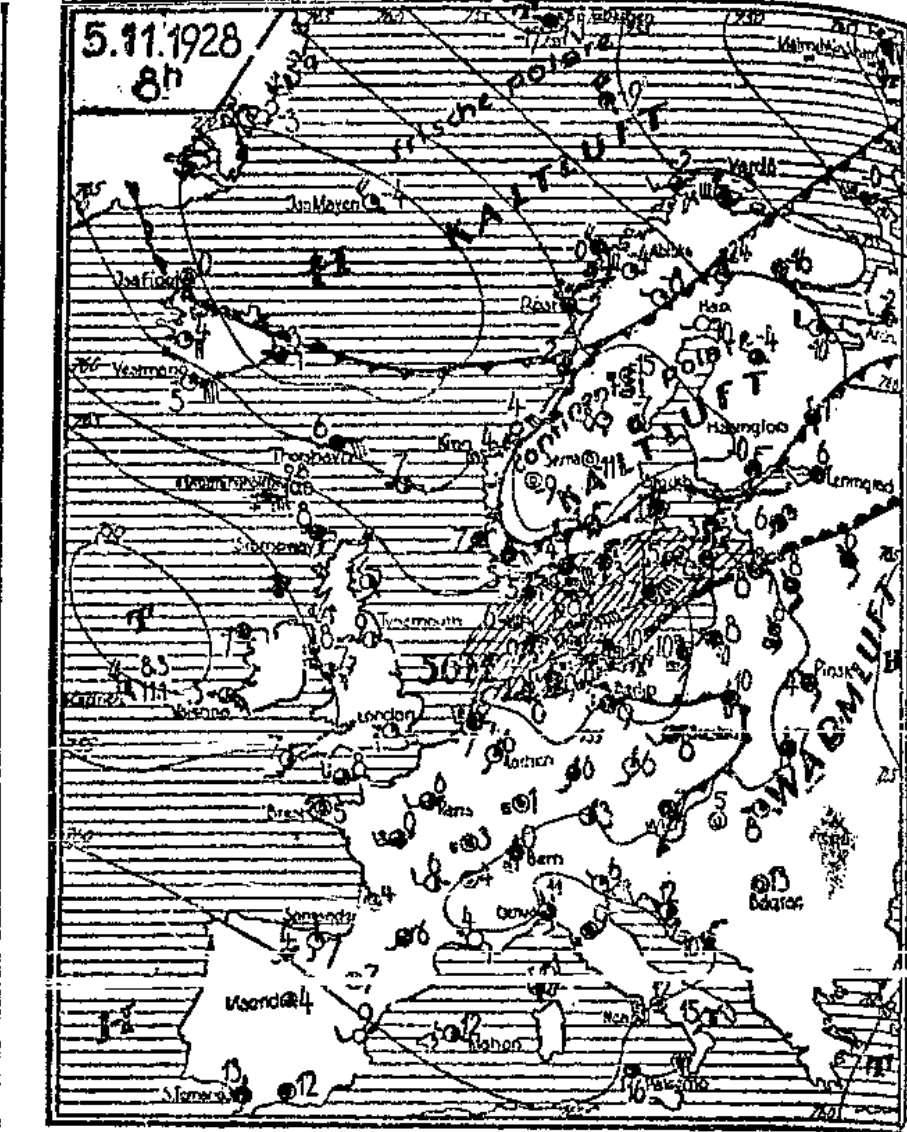
Am Montag ist gestern mit dem Bau einer Straßensperre für die Linien 1, 4 und 21 in Richtung nach dem Stadthaus begonnen worden, die circa 40 Meter lang ist. Für die Pflasterung sind wie bei allen übrigen Inseln, Kleinsteine vorgelesen.

Am Montag ist gestern mit dem Bau einer Straßensperre für die Linien 1, 4 und 21 in Richtung nach dem Stadthaus begonnen worden, die circa 40 Meter lang ist. Für die Pflasterung sind wie bei allen übrigen Inseln, Kleinsteine vorgelesen.

Am Montag ist gestern mit dem Bau einer Straßensperre für die Linien 1, 4 und 21 in Richtung nach dem Stadthaus begonnen worden, die circa 40 Meter lang ist. Für die Pflasterung sind wie bei allen übrigen Inseln, Kleinsteine vorgelesen.

Am Montag ist gestern mit dem Bau einer Straßensperre für die Linien 1, 4 und 21 in Richtung nach dem Stadthaus begonnen worden, die circa 40 Meter lang ist. Für die Pflasterung sind wie bei allen übrigen Inseln, Kleinsteine vorgelesen.

Am Montag ist gestern mit dem Bau einer Straßensperre für die Linien 1, 4 und 21 in Richtung nach dem Stadthaus begonnen worden, die circa 40 Meter lang ist. Für die Pflasterung sind wie bei allen übrigen Inseln, Kleinsteine vorgelesen.



Zeichenerklärung: O wolkenlos, OA bedeckt, OZ bedeckt, OW bedeckt, G ganz bed. Regen, S Schneefall, A Graupel, M Hagel, B Gewitter, D Dunst, N Nebel. Die Spitzen der Windpfeile liegen im Strahlensymbol; die Befiedrung gibt die Windstärke an.

Mittlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krieger bei Breslau.

Bei föhnelichen Winden herrscht in Schlesien noch immer Föhnwetterung. Die Temperaturen sind jedoch im allgemeinen zurückgegangen. Von der Grenze werden Temperaturen unter dem Gefrierpunkt gemeldet.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sport Breslau Nächste Kartellversammlung 14. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Vorstandssitzung: 12. November, abends 8 Uhr im Kartellbüro.

Arbeiter-Sport Breslau

Arbeiter-Sport Breslau Nächste Kartellversammlung 14. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Vorstandssitzung: 12. November, abends 8 Uhr im Kartellbüro.

Arbeiter-Sport Breslau

Arbeiter-Sport Breslau Nächste Kartellversammlung 14. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Vorstandssitzung: 12. November, abends 8 Uhr im Kartellbüro.

Arbeiter-Sport Breslau

Arbeiter-Sport Breslau Nächste Kartellversammlung 14. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Vorstandssitzung: 12. November, abends 8 Uhr im Kartellbüro.

Sozialdemokratische Partei
Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36/37.
Telefonnummer 5906/5908.
Geöffnet außer Sonnabenden von 8-1 und 4-7 Uhr.

Aus Schlesien

Vandreise und Landgemeinden zur Schulunterhaltung

Nach Zeitungsmeldungen hat der Hauptausschuss des Preussischen Landtages die Bewilligung von 20 Millionen Mark für Schulbauten genehmigt. Hierzu wird uns mitgeteilt, dass am 30. Oktober 1928 angenommene Antrag des Hauptausschusses lautet:

„Für das laufende Rechnungsjahr werden zur Erhöhung von Kapitel 182 Titel 72 des Haushaltsplans 20 Millionen Mark außerordentlich zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag ist zu außerordentlichen Beihilfen an leistungsschwache Schulverbände zu verwenden, insbesondere an solche, deren Notlage durch die Aufrechterhaltung von Mehrstellen verursacht worden ist, die nicht auf ihrem freien Willensentschluss beruht. Ferner ist auf die Schulverbände besondere Rücksicht zu nehmen, deren Kinderzahl dem Staatsdurchschnitt entspricht oder über ihn hinausgeht, oder deren Volksschullasten einen besonders hohen Anteil der Reichsteuerüberweisungen darstellen.“

Das Staatsministerium wird ersucht, die gleiche Regelung bei dem Haushaltsplan 1929 vorzuschlagen.“

Dieser Hauptausschussantrag entspricht im großen und ganzen einem für den Fall der notwendigen Hinausschiebung der endgültigen Lastenregelung vom Landkreistag und Verband der Preussischen Landgemeinden gemeinsam gestellten Eventualantrag.

Ein schlesischer Münzschatz

In der Nähe von Weisewitz, Kreis Ohlau, wurde im April dieses Jahres ein Münzschatz ausgegraben, der sich als recht mannigfaltig und wertvoll erweisen hat. Er umfaßt etwa 200 Stück, meist polnische Münzen der Könige Sigismund III. und Joch. Kasimir, auch der Städte Danzig, Elbing und Thorn, zum Teil unter der Schwedenherrschaft geschlagen. Einige Sorten von deutschem Geld stammen aus den entlegenen Gegenden. Schlesien war mit einer großen Anzahl von Kreuzern und Größeln vertreten. Unter dem Schatz befanden sich viele alte Goldstücke, so ein Münsterberger Heller von etwa 1450. Der Fund besteht ausschließlich aus Kleingeld; die größten vertretenen Werte sind die polnischen Sechsgroscher. Die jüngste Jahreszahl der Fundstücke ist 1664. Es handelt sich wahrscheinlich um den damals nicht unbedeutlichen Schatz eines Soldaten.

Zehn Jahre

Sind seit dem 3. November 1918 verfloßen, seit das alte Reich, in dem das werktätige Volk rechtlos war, zusammenbrach und Männer aus unseren Reihen das Staatssteuer in ihre Hand nahmen. Dieser Jubiläumstag muß in allen Dingen feierlich begangen werden.

Genossen rüffet!

Zeigt, daß durch die Geschlossenheit der sozialdemokratischen Arbeiterklasse

der Sieg

des Proletariats unaufhaltsam vorwärts schreitet!

Schweidnitz. Todesfolgen eines Motorradunfalls. In der sogenannten Gefahrenode der Reichenbacher Straße, der Sandbrücke, stießen ein Motorradfahrer und ein Radfahrer, von dem starken Lichtstrom eines nicht abgeblendeten Autos irritiert, zusammen. Der Motorradfahrer, Stadtordeener Genosse Korn, wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, wo er alsbald an den Folgen einer erlittenen Gehirnerschütterung verstarb. Genosse Korn stand im 30. Lebensjahr.

Langenbielau. Eine Eisenwasserleitung. Die Wasserleitung, die vom Eulengebirge herab die Stadt durchzieht, steht vor ihrer Vollendung. Insgesamt wurden mit einem Kostenaufwand von über drei Millionen Mark 90 Kilometer Leitungen gelegt.

Glogau. Ein ehelicher Findex. Beim Verladen von Postfächern verlor ein Postbeamter einen Geldbrief mit 8000 Mark Inhalt. Der Vorarbeiter Walter fand nach Abfahrt des Zuges den Brief zwischen den Schienen und lieferte ihn ordnungsgemäß ab.

Freiburg. Notruf einer schlesischen Stadt. Der Magistrat der Stadt Freiburg i. Schl. hat jetzt die Notlage der Stadt in einer ausführlichen Denkschrift dargelegt, in der er bittet, auch Freiburg, das unmittelbar an der Grenze des Waldenburger Kreises liegt, in die für den Waldenburger Kreis geplante Notstandsaktion einbeziehen zu wollen. Eingehend werden die Notstände auf dem Gebiet des Schulwesens, der Arbeitsmarktlage und der Wohnungsnot behandelt. Es wird gebeten, aus Reichs- und Staatsmitteln ausreichende Beihilfen zur Abstellung der Notstände baldmöglichst zur Verfügung zu stellen und besonders zur Befämpfung der Wohnungsnot aus Reichsmitteln außerhalb des Kreisbudgets ausreichende Hauszinssteuerhypothesen zu gewähren.

Köthenbach. Die Einwohnerzahl sinkt. Infolge der Stilllegung der Wendbrücke ist die Einwohnerzahl um rund 300 Personen zurückgegangen.

Reickstein. Eigenartiger Unfall beim Holzfällen. Arbeiter der Glasfabrik Wehrauch waren am Hochwald mit Fällen von Bäumen beschäftigt. Infolge des herannahenden Sturmes kam jedoch einer der Baumriesen vorzeitig zu Fall. Die die Motorsäge bedienenden Arbeiter zogen diese wohl aus dem Stamm, unterließen aber die Abstellung des Motors. Fabrikbesitzer Wehrauch geriet in die Säge, wodurch ihm alle Strecken der linken Hand zerschneit wurden. Er mußte sich einer Operation unterziehen.

Hausdorf, Kreis Neurode. Einen gemeinen Raubakt verübte ein noch unbekannter Täter, in dem er im Siegetischen Grundstück die prachtvollsten, tragbarsten Birnbäume über der Erde abfügte und auch alle neu angepflanzten Keimlingssträucher, etwa 20 an der Zahl, aus dem Erdreich herausriß.

Aus der Umgebung Neu-Breslau

Dwisch, Kreis. Freitag, den 9. November, abends 8 Uhr, findet in der Volkshalle eine Revolutionsfeier statt. Mit großen Vorbereitungen, Gesangsvorträgen und Rezitationen, veranstaltet vom Arbeiter-Bildungsanschuß, Eintritt 30 Pf.

Rosenthal. Am 10. November Revolutionsfeier bei Dwisch (Scharf Eda), verbunden mit der 50jährigen Erinnerung an das Sozialistengesetz. Mitwirkende Festredner: Genosse Rector, Gabriel, Arbeiter-Mannergesangverein Bruderband und Arbeiterjugend. Für Musik ist auch gesorgt. Alle Genossinnen und Genossen sowie Anhänger, Freunde und Bekannte sind freundschaftlich eingeladen. Halle für jeden für diesen Tag frei. Große Einweihungsfeier.

Breslau-Deutsch Wissa. Die Frauenabteilung des Deutschen Textilarbeiterverbandes veranstaltet am Sonnabend, den 3. Dezember, im Lokal „Schwarzer Adler“ einen Werbeabend verbunden mit Vorträgen, Gesängen und Tanz. Eine unermessbare Freude würde den Teilnehmerinnen durch das Auftreten der Geschwister Dohar. Wiederholter Beifall zwang sie zur Wiederholung der Vorstellungen. Nach deren Beendigung blieben noch alle Teilnehmer der Tanz bis 2 Uhr zusammen. Der Geschäftsführer des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Kollege Gültler, Breslau, hielt eine Rede, worin er auf die Bedeutung dieses Fe-

Jammereins hinwies. Er ging zum Schluß auf die Wirtschaftskämpfe ein, die sich in letzter Zeit in solch mächtigem Umfang abspielten. Er erwähnte aufgrund solcher Erfahrungen die Textilarbeiterkämpfe zu weiterem Rufen, da auch sie dauernd von ihren Arbeitgeberern bedroht ist. Diese Veranstaltung wird den Teilnehmerinnen in sehr langer Erinnerung bleiben und sie bestimmt zur Werbetätigkeit angefeuert haben. Der Gegenwärtiger Erfolg sind einige Neuaufnahmen und weitere in Aussicht gestellte Mitgliedschaft.

Vandreis Breslau

Schmoll. Ein Kreistagsabgeordneter und Gemeindevorsteher wie er nicht sein soll. Als die hiesige Parteigenossenschaft die Gedächtnisfeier zum Erscheinen des Sozialistengesetzes vorbereitete, glaubte Herr Sattlermeister Schmidt, daß es zu seinem Aufgabenzirkel gehört, in der gehässigen Art und Weise über uns herzufallen, weil wir einen in der Arbeiterkämpfe bis weit ins Bürgerium beliebigen Sprechchor einübten. Er unternahm eine Propaganda gegen die Veranstaltung, die uns Abbruch bringen sollte, weil der Sprechchor seiner Meinung nach verboten sei, womit er aber das Gegenteil erreichte. Herr Schmidt scheint in seinem blinden Haß gegen alles Vorwärtstreibende nicht zu sehen, daß, wenn die Arbeiterkämpfe von uns aufgerufen wird, sie auch zur Stelle ist und der alles beschützenden Gesellschaft nicht mehr Genossenschaft ist. Auch erlaubt er sich als Mitglied des Fürsorgeauschusses, den Antragstellern in einer beleidigenden Art im Dorfe zuzurufen: „Das würde euch passen, wenn wir für euch Mittel bewilligten, das gibt es auf keinen Fall. Ich werde dafür sorgen, daß ihr nichts bekommt.“ Wie wir hören, sollen gewisse dunkle Dinge die Ursache zu seinem Haß bilden. Wir wundern uns nur, wie die bürgerliche Mehrheit im Ort, die unseren Genossen Schiffer vor zwei Jahren, als er in der Sozialistengesetzgebung zur Gerechtigkeit eintrat, sofort herauswählte, bei Herrn Schmidt, der aus einer Entgleisung in die andere taumelt, nicht einschreitet. Man kann fast vermuten, daß diese Methoden zu den Prinzipien der Kreise gehören, denen Herr Schmidt angehört. Die vorgelegte Behörde aber möchten wir bitten, solche Volkstretter wie Herrn Schmidt rechtzeitig zu instruieren, damit nicht wieder ein Standaal wie vor nicht langer Zeit mit den 50-Mark-Briefen im Landratsamt, entsteht. Der Arbeiterkämpfe aber rufen wir zu, steht mit uns in dem Kampfe, der Lüge und Verleumdung mit eiserner Hand austrotzt, damit bei den nächsten Entscheidungen die bürgerliche Mehrheit in eine sozialistische umgewandelt wird, die der Gerechtigkeit zum Siege verhilft.

Schottgau. Die erste Gemeindevorsteher-Sitzung nach Auflösung der Gutsbezirke Groß- und Klein-Schottgau fand am 28. Oktober unter Vorsitz des Gemeindevorstehers Genossen Schmiegel statt. Vor Beginn gab der als Gast erschienene Gutsbesitzer beider bisherigen Gutsbezirke seinem Bedauern Ausdruck, daß er jetzt wohl Pflichten auferlegt bekommen hat, aber nicht das Recht, mitzubestimmen in der neuen Gemeinde. Herr v. N. vergaß nur, hinzuzusetzen, daß dies das Wort seiner Parteifreunde ist. Denn bekanntlich hat eine bürgerliche Mehrheit im preussischen Landtage gegen den Willen der Sozialdemokraten und Kommunisten die früheren Gutsbesitzer für weitere 15 Monate rechtlos gemacht. Es muß darum bei uns in Schottgau die von der alten Gemeinde gewählte und noch bestehende Gemeindevorstellung allein weiterregieren, jetzt auch über die Gutsbezirke. So bedauerlich das ist, so können andererseits die Gemeindegewählte nicht so lange ruhen, bis es den Herren bürgerlichen Abgeordneten beliebt, Neuwahlen festzusetzen. Im übrigen zeigte gleich die Behandlung des ersten Punktes der Tagesordnung, daß die alte Gemeindevorstellung bei zielbewusster Leitung ihrer schwierigen Aufgabe unter den neuen, erschwerteren Verhältnissen durchaus gewachsen ist. Einstimmig wurden zunächst einmal alle öffentlichen Lasten übernommen, welche laufend die Gutsbezirke bis zu ihrer Auflösung zu tragen hatten. Das sind also sämtliche Ausgaben für Verwaltung, Schulen, Armenpflege, Amtsärzt, Wegebau, Feuerlöschwesen und die Kreisabgaben. Der bisherige Spritzenverband, bestehend aus der Gemeinde und den beiden Gutsbezirken, löst sich demnach von selbst auf, an seine Stelle tritt die neue Gemeinde Schottgau. Beim Gemeindehaushalt liegen die Verhältnisse anders. Eingetragener Besitzer des Grundes und Gebäudes ist der bisherige Gutsherr, die Unterhaltung aber lag regelmäßig in Händen des Gutes und der Gemeinden, derart, daß das Gut die Materialkosten und Spanndienste leistete, die Gemeinde aber die Handdienste. Dementsprechend hatten beide Bezirke das Recht, Wohnungen im Gemeindehaushalt zu belegen. Für die Zukunft wird eine Ablösung des Gemeindehaushalts, das heißt die Übertragung an die Gemeinde Schottgau, wohl notwendigerweise erfolgen müssen. Wesentlich ist es mit den Wegen in den bisherigen Gutsbezirken. Eigentümer ist und bleibt der Gutsbesitzer; ihre Unterhaltung, ihren Ausbau übernimmt die Gemeinde. Doch wie die Unterhaltung erfolgen wird und welche Wege öffentlich sein sollen, das bleibt späterer Vereinbarung überlassen. Schwer zu lösen ist auch die Frage: Wie wird der Nachwachsdienst in Schottgau? Das frühere Klein-Schottgau liegt von der Hauptgemeinde Schottgau mehrere Kilometer ab; die gesamte Fläche und die auseinanderliegenden Gebäude gehören nur einem Besitzer, der dort bis jetzt privat einen Wächter unterhielt. Nach dem Beschluß der Gemeindevorstellung wird dieser Wächter auf sein Amt verpflichtet, untersteht demnach während des Wachdienstes auch dem Gemeindevorsteher, erhält aber sein Gehalt, Deputat und Wohnung, wie bisher, vom Gutsbesitzer. Im alten Ortsteil Groß-Schottgau kommt der jetzige Wächter eine Zulage, so daß er pro Nacht etwa 1,30 Mark hat, er muß aber dafür mehr Pflichten als Gemeindevorsteher übernehmen. Für die Befragung des nächsten Punktes war als Sachmann Kreis-Waldenburgermeister Marx zugezogen worden; es handelte sich um Regulierung des Dorfgrabens. Nach langen Verhandlungen wurde beschlossen, den Graben zwischen Dorfstraße und Chauffee stellenweise zu vertiefen und zu verbreitern. Der Schaden, den einige kleinere Besitzer durch Bodenverlust und Befestigung von Dämmen erleiden, wird ihnen durch angemessene Entschädigung vergütet werden. Im Dorfe selbst wird der Graben vom Kleinert-Teich bis zum Einlauf in den Schloßgraben verbohrt.

Den Schluß der Sitzung bildete die Wahl eines neuen Fürsorge-Ausschusses, bestehend aus Stellensbesitzer Birnast und Genossen Strauß aus dem ehemaligen Gemeindebezirk und dem Maschinenführer Kretschmer vom Gut.

SPD, Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt

(Hier finden lediglich Mitteilungen Aufnahme, die der Redaktion über das Sekretariat des Unterbezirks Breslau-Land zugehen.)

Wallau. Eine wichtige Parteimitgliederversammlung findet Mittwoch, den 7. November, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal „Zur Pronia“ statt. Rein Mitglied sollte fehlen.

Schmoll. Kreistagsabgeordneter Parteianführer spricht Dienstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal Raditz über „Arbeiterwohlfahrt“. Sorgt für guten Besuch.

Hartlieb. Genosse Marx Sappel, M. d. R., spricht Mittwoch, den 7. November, 19 Uhr, im Lokal Kramer über „Die Lehren des 9. November“. Rein Mitglied sollte fehlen.

Breslau-Deutsch Wissa. In unserer Revolutionsfeier spricht Freitag, den 9. November, Landtagsabgeordneter Genosse Winger, Sorgt für guten Besuch.

Altendorf, S. J. Morgen kommen wir um 20 Uhr in der Turnhalle zu einem Lichtabend zusammen. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gewünscht. Bitte herzlich willkommen. Operetta „Sozialistische Arbeiterjugend“ Dienstag, den 6. November, abends 8 Uhr, in der Sportschule. Pünktliches Erscheinen wird gewünscht. Bitte herzlich willkommen.

Brodan. Am Freitag, den 9. November, findet unsere Ortsgruppe den jährlichen Gedächtnisabend der Revolution in Form eines Unterhaltungsabends in Schirwans Gaststube. Die Veranstaltung besteht aus Vorträgen, Musik, Debates (Festsitzungen) und Unterhaltung.

Wallau. SPD. Am Freitag, den 9. November, abends 8 Uhr, im Lokal „Zur Pronia“.

Stellungnahme. Beteiligt euch zahlreich an der Veranstaltung der Arbeiterjugend am Mittwoch, 20 Uhr, in der Reichenbacher Sandb. Genosse Winger hält einen Vortrag über „Aus der Arbeit der jugendlichen Arbeiter.“

Wochenabend. Morgen abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Samstag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Sonntag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Montag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Dienstag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Mittwoch abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Donnerstag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Freitag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Samstag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Sonntag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Montag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Dienstag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Mittwoch abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Donnerstag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Freitag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Samstag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Sonntag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Montag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Dienstag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Mittwoch abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Donnerstag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Freitag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Samstag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Sonntag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Montag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Dienstag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Mittwoch abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Wochenabend. Donnerstag abends 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz der Partei. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Bank
DER ANSEHENLICHEN ANGESEHENEN - BANKEN AG
FILIALE BRESLAU

Weiße Bork
im
Weißen Goulin
ab morgen Mittwoch, den 7. November
zum Ausschank.
11287

Supperate erzielen in unserer Zeitung
den größten Erfolg!

In dieser Woche
der große
Reste-

Verkauf

Wäschestoffe / Inletts
Damaste / Wallis
Handtücher / Tischtücher

Kleiderstoffe und
Schürzenstoffe

Reste von Gardinen
Möbelstoffen
Läufern / Linoleum

Morgen:

Kleine
Herrenstoff-Reste
mit kleinen Fehlern
in guten Qualitäten, engl. gemastert, in
Längen von 1-2 Meter, also
besonders geeignet für Röcke
und Anzüge, zum Aus-
suchen... Einheitspreis Meter **2.85**

In ganz guter, marineblauer Qualität
kleine, schwere
Tuch u. Tuchcheviot-Reste
schwere Herrenqualitäten, in Längen von
1-2 Metern, besonders geeignet
für Frackröcke, Knaben-
anzüge, Hosen und Anzüge
zum Ausschuchen, Einheitspr. Meter **3.75**

Mantelstoff-Reste
140 cm breit, mit kleinen Fehlern,
durchweg gute Qualitäten, mit Absteife,
in Längen von 1 bis 1.70 Meter,
also besond. geeignet für Kinder-
anzüge, 2 m Ausschuchen
Einheitspreis Meter **3.85**



**Verlangen Sie unberechnet
Probheft und Prospekt**

Der Reichskunstwart Berlin NW 30, den 17. Okt. 1928
J.-Nr. 4178/28
Reichsministerium des Innern
1. Platz der Republik 6

Sehr verehrter Herr Professor Landsberger!

Mit sehr großem Interesse habe ich die
Schlesischen Monatshefte durchgesehen.
Die Fülle der Aufsätze, welche geschichtliche
und zeitgenössische Fragen in lebendiger Weise
in Wechselwirkung bringen und die Einheitlich-
keit des Gesamtzieles gibt diesen Heften ein be-
sonderes Gepräge, so daß sie sowohl für den
Schlesier wie auch für die Vertretung Schlesiens
innerhalb des großen deutschen Zusammenhanges
von gleicher Bedeutung sind.
Ich halte daher diese Hefte für vorbildlich
für eine gesunde und lebensvolle Heimatpflege.
Mit verbindlichen Empfehlungen
Ihr sehr ergebener
gez.: Red slob

Am Schriftleiter der Schlesischen Monatshefte
Herrn Prof. Franz Landsberger
Breslau 15, Kirschbäume

vom Verlag Wilh. Gottl. Korn
Zeltschriftenabteilung, Breslau 1

Am Abend des 2. November entschlief zu Breslau im Feier-
abendhaus ihres Mutterhauses Bethanien die
Diakonisse
Natalie Liegel

Die Verewigte stand unserer Männer-Heilstätte Hohenwiese
mit Riesengebirge als Oberschwester vom 23. Februar 1909 bis
31. März 1928 vor, wo ein schweres, zu ihrer Erblindung führendes
Augenleiden sie zwang, von uns zu scheiden.
Sie war zu jedem unserer Kranken wie eine gute Mutter.
Und gab es einmal Schwierigkeiten, wie sie ja in großen Heil-
stättenbetrieben, wo so zahlreiche, verschieden geartete Menschen
zusammenkommen und zusammen leben müssen, unvermeidbar
sind, ihre wahre Herzengüte, gepaart mit einem goldenen Humor,
überbrückte ausgleichend und versöhnend alle Unstimmigkeiten.
So werden denn die vielen Tausende, die in langen Jahren
unsere Heilstätte Hohenwiese als Patienten durchzogen haben
und jetzt diese Kunde von dem Heimgang ihrer alten Ober-
schwester lesen, ihrer — des sind wir gewiß — im innersten
Herzen dankbarst gedenken und mit uns ihr Andenken segnen.
Breslau, den 5. November 1928.

Der Vorstand
der Landesversicherungsanstalt Schlesien
von Legat. 8193

Am 4. November verstarb nach
kurzer, schwerer Krankheit plötzlich
und unerwartet mein innigstgeliebter
Mann, unser lieber, guter Vater, Groß-
vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager
und Onkel, der **Maschinist**

Karl Kresse
im Alter von 58 Jahren. 1053
Breslau, den 6. November 1928
Flutstraße 7

In tiefstem Schmerz:
Auguste Kresse geb. Hubrich
nebst Kindern und Enkeln.

Beerdigung Mittwoch, 7. November, nach-
mittags 2 Uhr, von der Halle des Eftausend-
Jungfrauen-Friedhofes in Pohlnowitz aus.

Am 4. November verschied nach kurzem,
schwerem Leiden unser langjähriger Kollege, der
Maschinist

Karl Kresse
im Alter von 58 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
**Die Kollegen der Freiwilligen Beerdigungs-
beihilfe der Schneid-Platzhauer Brauerei
Abteilung 5 Breslau.**

Beerdigung: Mittwoch, den 7. November, nach-
mittags 2 Uhr, von der Halle des Pohlnowitzer
Friedhofes. 2371

Zentralverband der Maschinisten und Heizer.

Am Sonntag, dem 4. November, verstarb unser
Kollege

Karl Kresse
im Alter von 58 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Geschäftsstelle Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, von
der Halle des Pohlnowitzer Friedhofes. 2878

Am Sonnabend, vormittags 11 Uhr, starb
plötzlich und unerwartet meine liebe Frau,
unsere gute Tochter, Schwester, Schwägerin
und Tante 1059

Frau Ida Lux
geb. Hiers
im Alter von 58 Jahren.
Dies zeigt in tiefstem Schmerz an
Im Namen der Hinterbliebenen
Paul Lux als Gatte.

Die Einäscherung findet Mittwoch, vor-
mittags 11 Uhr, im Krematorium Gräbschen statt.

Deutscher Verkehrsbund, Abt. Straßenbahn

Am Montag, den 6. November, verstarb unser
wertes Mitglied, der **Straßenbahnschaffner I. R.**

Ernst Bardehle
im Alter von 57 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Zählstelle Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, d. 8. Nov., 3¹/₂ Uhr, von
der Leichenhalle des St. Salvatorfriedhofes. 2879

Am 5. November verstarb unser Kollege, der
Straßenbahnschaffner I. R.

Ernst Bardehle
im Alter von 57 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
**Die Beteiligten der Freiwilligen Beerdigungsbeihilfe
des Fahr- u. technischen Personals der Stadt. Straßenbahn.**

Beerdigung: Donnerstag, nachm. 3¹/₂ Uhr, von
der Leichenhalle des Salvator-Friedhofes aus.

Die „Frauenwelt“ den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau
des schaffenden Volkes. Preis 40 Pf.
Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern

VIM putzt
den ganzen Hausrat blank,
Die Töpfe, die Messer,
Den Tisch, den Schrank.

VIM macht das Scheuern und
Putzen leicht und sparsam. Es
verleiht mit wenig Mühe allen
Sachen aus Holz, Porzellan oder
Metall strahlende Reinheit.

VIM kratzt und schmiert nicht.
VIM ist in der ganzen Welt
unerreicht.

V 223 40 1/2 cm.

**Frauen-Kleider
Mäntel - Kostüme
Blusen**

in aparten Formen, besten Stoffen, tadel-
loser Verarbeitung zu mäßigen Preisen
Extra-Anfertigung innerhalb 24 Stunden

DAMEN-MÄNTEL-FABRIK
Louis Lewy jr.
BRESLAU
RING 39-40-ALBRECHT-STR. 3
GEGR. 1861

Möblierte und unmöblierte Zimmer
für Alleinlebende, Ehepaare ohne und mit
Kindern, **Schlafstellen zur Toiletten-
Bermittlung gesucht.**
Angebote mit Preisangabe an „Fürsorge für
Wohnungsbeschaffung“, Magazinstr. 1-3. 8022

Pfänder-Versteigerung
Montag, den 19. November, vormittags 9 Uhr
Leihhaus Wanke
Breslau, Mariannenstraße 6
die nicht eingelösten Pfänder 67500-71000 Verlängerungen
werden nicht vorgenommen. Einlösung wochentags 14 bis
18 Uhr, außer Mittwoch und Donnerstag.

Der neueste Jack - London!

Der Rote
Sechs grandiose Geschichten von
der Zähigkeit, dem Willen, der
Größe, dem Starsinn des Menschen
im Guten und Bösen.
Statt RM. 4.80 **nur 4.-**

Volkswachtbuchhandlungen Mod. Antiquariat
Neue Granpensenstraße 5, Neue Tascherstraße 11
Flurstraße 4

Arbeitsmarkt
Sauferer(innen)
für Haushaltungsbürsten (Neueheit) für Stadt und
Land, von Fabrik gefischt. Hoher Verdienst. Zu-
gehört u. B. 284 an die Geschäftsstelle d. Zeitung

Tüchtige
Handloch-Näherinnen
stellt sofort ein
Aktiengesellschaft für Webwaren und Bekleidung.
Gartenstraße 7. 19088

Genossen! Eure Familienanzeigen der Volkswacht

Strafanträge im Bergmann-Prozess

Zuchthaus für Bergmann, Gefängnis für Jacoby beantragt

Im Bergmann-Prozess stellte der Staatsanwalt am Montag folgenden Strafantrag: gegen Bergmann 3 Jahre und 10 Monate Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und 50 000 Mark Geldstrafe wegen fortgesetzten Betruges und fortgesetzten Betruges; gegen das Ehepaar Wustrow wegen Betruges und fortgesetzten Betruges je 1 Jahr Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe. Bei den anderen Angeklagten nimmt der Staat Beihilfe an und beantragte folgende Strafen: gegen Kraak 9 Monate Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe, gegen Ohnstein und Göttinger 6 Monate Gefängnis, gegen Schmidt 2 Monate Gefängnis, gegen Marthaler 5000 Mark Geldstrafe und gegen Wederer 300 Mark Geldstrafe. Der Strafantrag gegen Staatsanwaltschaftsrat Jacoby lautet wegen fortgesetzten, vollendeten Vermögensschadens auf 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, sowie 10 000 Mark Geldstrafe.

Staatsanwalt Schumacher bezeichnete in seinem Plädoyer Bergmann als einen Parasiten am Wirtschaftsleben und als alle Möglichen Strafmitteln missbrauchenden, unheimlich nordischen Er habe einen Teil seiner Schuld in schändlicher Weise auf seine Mitangeklagten abzuwälzen versucht. Das Bergmannsche Lombardhaus war auf Betrug aufgebaut, es war ein reines Schwindelunternehmen. Niemand, der dies gewußt hätte, würde auch nur einen Pfennig hergegeben haben. Als der Zusammenbruch erfolgte, standen 3,7 Millionen Forderungen einer Masse von noch nicht einmal einer Million gegenüber. Die Angeklagte Wustrow, damals 19 Jahre, sei von Bergmann und später von dem Angeklagten Kraak zu ihren unrechtmäßigen Handlungen angeleitet worden. Die angeklagten Sanierungsversuche Bergmanns könne man nur als Kloprien bezeichnen. Sein kostspieliger Lebensaufwand sei auf Kosten der Gäubiger geschienen, zum Teil armer Witwen, die ihre mühselig erworbene Ersparnisse hingegeben hatten.

Über Staatsanwalt Binder begründete den Strafantrag gegen Jacoby. Es habe sich die überraschende Tatsache ergeben, daß ein im Dienst befindlicher Staatsanwalt gegen Provision und gegen Erfolgsprovision dem Bergmannschen Unternehmen Schlepperdienste geleistet hat. Jacoby wußte von Bergmanns Vorstrafen und konnte alles, was Bergmann belastete. Weil Bergmann ihm ein Honorar gab, unterließ Jacoby die Verfolgung einer Strafanzeige gegen Bergmann und stellte sich auf dessen Seite. Jacoby hat eine lange Strafanzeige verfaßt, die falsche eidesstattliche Versicherungen enthält. Es ist der unglaubliche Fall eingetreten, daß Jacoby sich von Bergmann einfangen ließ und mit ihm einen schmachvollen Provisionsvertrag abschloß. Jacoby hat es sich auch gefallen lassen müssen, daß Bergmann ihn zu den Provisionsverträgen zählte. Er hat in jeder Beziehung gewissenlos gehandelt und durch sein Verhalten seine Behörde, die Staatsanwaltschaft, schwer geschädigt. Für ihn spricht lediglich, daß er das gewonnene Geld für seine fränke Frau und sein krankes Kind verbrauchte.

Am Mittwoch werden die Verteidiger sprechen. Der in die Bergmann-Affäre verwickelte Rechtsanwalt Dr. Jolenberg hat nach einer Erklärung seines Verteidigers Selbstanzeige erstattet.

Ehetragödie in Berlin

Im Hause Dresdener Straße Nr. 79 in Berlin wurde eine durchdringbare Ehetragödie entbedt. Im Schlafzimmer seiner im vierten Stockwerk des Vorderhauses gelegenen Wohnung fand man den 33jährigen Kaufmann Alfred Specht durch Gas vergiftet bemußlos auf. In dem stark mit Blut besudelten Bett lag die Leiche seiner 33jährigen Frau, die mehrere Brust- und Kopfverletzungen aufwies.

Das Ehepaar, das seit 1921 verheiratet ist, lebte mit einer fast sieben Jahre alten Tochter Erna in auskömmlichen Verhältnissen. Obwohl wirtschaftliche Schwierigkeiten nicht vorhanden waren, trieb sie das Zusammenleben doch durch die Eifersucht der Frau, so daß es öfter zu Streitigkeiten kam, unter denen auch die kleine Erna litt.

Ein erschütterndes Bild gab die Erzählung der kleinen Erna. Das Kind, das sein Bettchen im Schlafzimmer hat, war am Sonntag zur gewöhnlichen Zeit aufgestanden, hatte für den Vater die Zeitung hergeholt und ins Schlafzimmer getragen. Da die Eltern noch fest zu schlafen schienen, machte sich die Kleine nicht weiter bemerkbar, sondern wartete in der Küche. Als sie schließlich der Hunger meldete, machte sie sich selbst etwas zu essen zurecht. Der Tag verging, ohne daß Vater oder Mutter sich bewegt hätten. Blinksichtig wie immer ging das Kind schlafen, stand am Montag wieder auf und verzehrte die Vorräte, die es in der Küche fand. Einmal ging es auf ein Weischen zur Nachbarin, vergah aber nicht, einen Zettel zu hinterlassen mit den Worten: „Lieber Papa und liebe Mama, ich bin zur Nachbarin gegangen, weil ich mich so schrecklich einsam fühle.“

2000 Todesopfer einer Choleraepidemie

Im indischen Staate Travancore ist eine Choleraepidemie ausgebrochen. Die Krankheit hat bereits zwei-tausend Todesopfer, das sind 62 Prozent aller Erkrankten, gefordert. In der Hauptstadt Trivandrum ist die Zahl der Neuerkrankungen im Rückgang begriffen, da strenger Zwang durchgeföhrt wird. Dagegen hat die Cholera inzwischen auf den Süden der Provinz übergegriffen.

Der Lawastrom des Aetna

Der neue Lawastrom des Aetna, über dessen Ausbruch wir bereits berichteten, wurde den Wäldern Cerita und Cubanta bereits zum Verderben und ruht jetzt in einer Breite von zwei Kilometern gegen die Gemeinde San Alfio und die Wenler Milt und Tornazzo vor. Die obersten Stationen der Seilbahn für den Schneetransport zur Wasserversorgung des Ortes wurde zerstört. Der Auszug der Bewohner von Tornazzo hat begonnen. Ebenso wird San Alfio oberhalb Giarre geräumt.

Ein famozer Bürgermeister

Im April 1927 wurden bei einer amtlichen Revision der Kasse des früheren Bürgermeisters in Schönbad (Sachsen) Fehlbeträge von rund 13 000 Mark festgestellt. Der unehrliche Bürgermeister hatte sich dieser Tage vor Gericht wegen seiner Verfehlungen zu verantworten. Er gab zu, aus der Gemeindekasse 1500 Mark zu einem Anbau an einem Grundstück genommen und rund 500 Mark Gemeindegelder bei Autofahrern nach Dresden und durch ein flottes Leben und Weinziehen verbraucht zu haben. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust.

Eine türkische Prinzessin in Wien ermordet

Im großen Wiener Konzerthaus-Saal ist kurz nach einer stimmungsvollen Konzertsitzung des tschechischen Geigenvirtuosen Beka Prizoda die türkische Prinzessin Zai Ruhei Pascha von einem bekannten Wiener Lebemann, Baron Gartner, mit fünf Revolverkugeln niedergestreckt worden. Der Mörder wurde verhaftet und nach wiederholten polizeilichen Vernehmungen öffentlich kommenegebrochen. Er gibt an, seiner Sinne nicht mächtig gewesen zu sein. Er sei seit Monaten Bräutigam der Prinzessin, habe aber in der letzten Zeit bemerkt, daß ein türkischer Prinz sich um sie bewerbe und die Prinzessin im Begriff sei, ihn im Stich zu lassen. Baron Gartner ist bereits zweimal verheiratet gewesen. Das letzte Mal mit der Witwe des Petroleum-Industriellen Mac Garvey, deren Vermögen er zum größten Teil an der Börse und in Monte Carlo verpielte, worauf sich die Frau von ihm scheiden ließ. Zuletzt hat sich Gartner in Berlin aufgehalten, wo er bei Boden- und Börsenspekulationen den letzten Rest seines Geldes verlor, so daß er sich von seiner Quartierwirtin das Geld für die Konzertsitze borgen mußte. Gartner ist Sohn eines Feldmarschalls-Leutnants der alten österreichisch-ungarischen Armee.

zu sein. Er sei seit Monaten Bräutigam der Prinzessin, habe aber in der letzten Zeit bemerkt, daß ein türkischer Prinz sich um sie bewerbe und die Prinzessin im Begriff sei, ihn im Stich zu lassen.

Baron Gartner ist bereits zweimal verheiratet gewesen. Das letzte Mal mit der Witwe des Petroleum-Industriellen Mac Garvey, deren Vermögen er zum größten Teil an der Börse und in Monte Carlo verpielte, worauf sich die Frau von ihm scheiden ließ. Zuletzt hat sich Gartner in Berlin aufgehalten, wo er bei Boden- und Börsenspekulationen den letzten Rest seines Geldes verlor, so daß er sich von seiner Quartierwirtin das Geld für die Konzertsitze borgen mußte. Gartner ist Sohn eines Feldmarschalls-Leutnants der alten österreichisch-ungarischen Armee.

Ein neues Riesentelestop im Bau

Wie das Technologische Institut von Kalifornien nach Meldungen aus Newyork bekanntgibt, wird gegenwärtig ein neues Riesentelestop gebaut, das an Größe alle bisher vorhandenen übertrifft. Der Standort des Teleskops, in das ein Spiegel mit einem Durchmesser von fünf Metern eingebaut werden soll, wird in der Nähe des bisher größten Teleskops der Welt auf Mount Wilson sein.

Hermann Jädel



Am 2. November ist Hermann Jädel, der Verbandsvorsitzende des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, im 60. Lebensjahr gestorben. Jädel war wiederholt Reichstagsabgeordneter und 1921-1922 Arbeitsminister in Sachsen.

Zeppelin in Berlin

„Graf Zeppelin“ ist gestern morgen 8.46 Uhr in Staaken gelandet.

Den Erbauern und der Besatzung des „Graf Zeppelin“ wurde in der Reichshauptstadt ein imposanter Empfang durch Behörden und Bevölkerung zuteil. Es war kurz vor 10 Uhr vormittags, als das prächtige Schiff nach einer fast achtstündigen Fahrt durch Regen und Nebel von Friedrichshafen in Berlin-Staaken vor-Anker ging. Taufende und Abertaufende wohnten der Landung und dem ersten festlichen Empfang der wackeren Besatzung trotz starken Regens bei. Der Reichsverkehrsminister dankte den Besatzungsmitgliedern des Ozeans im Namen der Reichsregierung für ihre „Tat“, Oberbürgermeister Köh entrichtete den Dank der Stadt Berlin, auf den Ersterer knapp und sachlich für seine Kameraden und sich erwiderte. Dann ging es per Auto durch die mit schwarz-rot-goldenen Fahnen reichlich geschmückten Straßen zur Stadt, zum Reichspräsidenten. Auch hier Worte der Anerkennung, nicht für den Einzelnen, für die Gesamtleistung, für die Erbauer und für die Besatzung. Als Zeichen der Anerkennung widmete der Reichspräsident jedem Mitglied der Besatzung sein Bild mit Namensunterschrift.

Mittags waren die Flieger bei dem Reichsverkehrsminister zu Gast. Hier wurden sie von dem Reichskanzler als Friedensboten gefeiert. Vor dem Hause hartte inzwischen eine große Menge der Rückkehr der Zeppelinbesatzung zum Hotel Kaiserhof, wo die Amerikaner als Gäste der Stadt wohnten. Die schlichte Feier fand ihren Abschluß mit einer Festvorstellung und einem anschließenden Kommerz in der städtischen Oper, die bis spät in die Nacht hinein von Neugierigen umlagert war.

Rückfahrt des Zeppelins.

Heute morgen gegen 7 Uhr erfolgte bereits wieder von Staaken aus die Rückfahrt des Zeppelins nach Friedrichshafen.

Chinesische Piraten und Räuber

Nach Meldungen aus Kanton werden in der Provinz Schantung gegenwärtig von den immer mächtiger werdenden Räuberbanden 200 Personen gefangen gehalten, für deren Freilassung Lösegeld verlangt wird. Die Räuber überfallen in militärisch organisierten Banden eine Stadt nach der anderen. Die Stadt Tsaojing war mehrere Wochen lang schwersten Angriffen solcher Banden ausgesetzt. Die Dörfer und Gehöfte in der Umgebung sind zerstört worden. Nach dem Kampf wurden einige Hundert der wohlhabendsten Bürger von den Räubern verhaftet.

Der britische Dampfer „Shao“ ist auf dem Wege von Hankau nach Schanghai von Piraten überfallen worden. Das Schiff hatte Hankau loschen verlassen, als 22 Chinesen den Kapitän und die Mannschaft mit Revolvern bedrohten, einen chinesischen Mitreisenden erschossen und einen anderen schwer verletzten. Offiziere und Besatzung wurden in einen Raum eingesperrt und die Passagiere der ersten Klasse ausgeraubt. Darauf brachten die Piraten ihre Beute in einer kleinen Schaluppe in Sicherheit.

Über die Welt lacht

Eine Köpenidiade vor hundert Jahren

In Holland ist dieser Tage die Erinnerung an eine Köpenidiade wieder wachgerufen worden, die sich vor nun 123 Jahren in dem kleinen Orte Muiden unweit Amsterdam abspielte, und bei der zwei hohe niederländische Offiziere ihren beispiellosen Aberglauben teuer bezahlen mußten. Der eigentliche Held dieser Geschichte war ein Deutscher, der wahrscheinlich auf der Wanderschaft nach Muiden verlagert wurde, der sich aber vorher über den Ort und über ein Geheimnis dieses Ortes gut unterrichtet hatte.

In Muiden ging nämlich seit altersher die Sage, daß dort große Schätze aus längst vergangenen Jahrhunderten vergraben seien, die man aber nur zu heben vermöge, wenn man die Beschwörungsformel kenne. Diese Geschichte war dem Deutschen bereits in Amsterdam bekannt geworden, und als er am 12. August des Jahres 1800 in einer Herberge in Muiden ein Zimmer mietete, deutete er dem Wirt sofort in geheimnisvoller Weise an, daß er kein Brot nicht mehr so teuer zu verdienen brauche, wenn er wüßte, was ihm, dem Deutschen, bekannt sei. Unser Held wollte jedoch keinen geringeren als den Kommandanten der Besatzung Muiden den Oberleutnant von der Maulen sprechen. Er wurde dem Kommandanten schließlich zugeführt, der dann auch sofort Lust hatte, den Schatz einzuhändigen; gleichzeitig stieß er aber fürchterliche Drohungen aus für den Fall, daß der Fremde ihn betrogen sollte.

Der Deutsche antwortete gelassen, der Oberleutnant brauche nichts Böses zu denken, aber mit Klugheit und Raffin könne er die ganze Sache verderben. Man wolle schließlich noch den Leutnant Lambrecht auf Ehrenwort in den Plan ein, und eines späten Abends verlieh eine sonderbare Prozession das Städtchen, um den großen Goldschatz in nächstlicher Stelle zu heben. Voran ging der Deutsche, der einen Beutel mit 10 Dukaten (etwa 800 bis 1000 Gulden) in der Hand trug, die der Oberleutnant ihm gelehrt hatte, damit er sie den Weisern des Schatzes opfern solle. Ihm folgten die beiden hohen Offiziere, von denen jeder eine flache Weichwasser in der Hand trug; den Abschluß bildeten zwei Leibdiener, die ein schweres Kreuz, Spaten und andere Gerätschaften mit sich führten. Die beiden Offiziere wollten ursprünglich ein Pferd benutzen, aber der Deutsche wies sie darauf hin, daß der Herr Land stets zu Fuß gegangen sei, und auch sie müßten daher diesen Gang zu Fuß antreten.

An einem Kreuzweg kniete der Deutsche nieder und schlug Kreuz um Kreuz, während in der Nähe ein Käuzchen schrie und Fledermäuse durch das Dunkel flogen. Der Deutsche behielt allen Leinweg des Juges niederzuknien, was diese in ihrer abergläubigen Furcht sofort taten. Dann legte er den Beutel in ein Glas, vergrub beides an Ort und Stelle und sagte, daß er sich einen Augenblick entfernen müsse, um an verborgener Stelle zu beten.

Die Holländer waren eine volle Stunde kniend im Gebet verfunken, ohne daß der Deutsche zurückkam oder sich irgendetwas merken ließ. Da dämmerte eine leise Ahnung in ihnen auf. Sie sprangen auf, fanden aber von dem Deutschen keine Spur. In der Hoffnung, wenigstens die 10 Dukaten nicht verloren zu haben, gruben sie nun das Glas mit dem Geld wieder aus; statt der Dukaten lagen 40 wertlose Kupfermünzen darin. Mit den Dukaten war der Deutsche, dessen Namen man heute noch nicht weiß, und von dem man nie wieder eine Spur sah, über alle Berge verkommen. Den beiden abergläubigen Offizieren aber blieb nicht einmal der Trost, daß die Sache verschwiegen wurde. Sie wurde vielmehr damals von den Aechtern laut weitererzählt, und bald lang man in ganz Holland ein Spottlied auf die beiden Herren.

Ludwig Uhland dichtet im Jenseits

Ein wohl einzig dastehender Spiritistenprozeß am Dienstag kam vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte zur Verhandlung. Die unsichtbare Hauptrolle spielte darin der Dichter Ludwig Uhland; er soll ein bisher unbekanntes Gedicht „Wiederkehr“ in einer spiritistischen Sitzung in einem Hause am Kaiserplatz in Berlin im Januar 1920 einem Medium in die Hand gespielt haben. Kläger ist der Schriftsteller und Maler Eugen Georg, der das Medium, eine Frau Else Arnheim, auf Herausgabe des Manuskripts verklagt hat. Der Streitwert ist auf 60 Mark festgesetzt worden.

Die spiritistische Sitzung fand in der Wohnung des Dichters Alfred Richard Meyer (Münchener) statt. Meyer schilderte als Zeuge den Verlauf der Séance, über die ein Protokoll aufgenommen worden ist. Zwei Herren und drei Damen nahmen an der von 9 bis 11 Uhr abends dauernden Sitzung teil. Etwa 5 bis 10 Minuten nach Beginn befand sich Frau Arnheim in Trance. Nachdem das übliche Tischklopfen eingesetzt hatte, meldete sich durch den Mund des Mediums der im Jahre 1862 verstorbenen Dichter Ludwig Uhland und erklärte sich zu einer „Handlung“ bereit. Ihm wurden Papier und Bleistift angeboten. Ludwig Uhland lehnte ab. Er schrieb vielmehr selbst einige Zeilen, nachdem das Medium sich erhoben hatte und quer durch das Zimmer gegangen war. Der Text wurde dem Medium in die Hand gegeben. Eine sofortige Unterleuchung ergab, daß der Dichter altes Büttenpapier (11x19 Zentimeter) benutzt und es mehrfach gefaltet hatte. Das kurze Gedicht trug die Überschrift „Wiederkehr“ und die Unterschrift „Ludwig Uhland 1920“. Das alles schilderte der Zeuge.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er den verstorbenen Dichter gesehen habe, erwiderte er, daß man ihn namens eines irdischen Dichters nicht sehen könne. Frau Arnheim habe im Verlauf der Sitzung die Erscheinung Uhlands genau beschrieben und erklärt, der Dichter wolle selbst schreiben. Das Gericht erörterte dann die Frage des Eigentumsrechts des Gedichts. Die Entscheidung über die „Spulgeschichte“ soll am 6. November erfolgen.

„Er“ übermalt sich selbst

Das „Thüringer Evangelische Sonntagsblatt“ meldet: „In Marburg, wo er in Ruhestand lebt, feierte der frühere Superintendent Ludwig Göbel von Schlenkeren mit seiner Gattin Sophie geb. Neumann das seltene Fest der diamantenen Hochzeit. Eine ganz besondere Freude war es dem Jubelpaar, daß Graf Korf, Pastor in Effen, im Auftrag des Kaisers ein Bild des Kaisers, eine vom Kaiser selbst übermalte und von ihm eigenhändig unterschriebene Photographie überbrachte.“

Das ist die richtige Beschäftigung für „Ihn“! Wenn schon das undankbare deutsche Volk nichts mehr von Ihm wissen will, irgendein Superintendent findet, sich immer noch, für den er kein eigenes Kontorfei verkleiden kann!

Die Kunst der kurzen Röde

Der englische Architekt Smith, der die Albert Hall in London umgebaut hat, verlangt aus Eruergishte ein Verbot der kurzen Röde. Er behauptet nämlich, der Widerstand gegen das Echo, den einst lange Stimmengen abstrahlte hätten, sei jetzt geringer geworden und so sei die kurzgebaute Röde an der zunehmenden Verschlechterung der — Kunst laut.

Arbeit und Wirtschaft

Der Kampf im Abseits

Keine Arbeitslosenunterstützung für die Ausgesperrten

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung hat am Montag, unbeschadet einer Entscheidung im Spruchverfahren, zu der Frage, ob Arbeitnehmer, die von der Massenentlassung in der Eisenindustrie Nordwest befreit wurden, Arbeitslosenunterstützung erhalten, Stellung genommen. Er hat nach eingehender Prüfung die Frage verneint.

Der Vorstand der Reichsanstalt betrachtet, wie es in seiner offiziellen Mitteilung heißt, die Massenentlassung als eine Ausperrung. „Arbeitslose, die ausgesperrt sind, dürfen nach § 94 Abs. 1 AVOG während der Dauer der Ausperrung keine Arbeitslosenunterstützung erhalten. Dabei ist es nach dem Gesetz unerheblich, ob die Ausperrung unter Tarifbruch erfolgt ist oder nicht. Die Möglichkeit einer versicherungsmäßig abzuhandelnden dieser beiden Fälle ist zwar bei der Beratung des Gesetzes im Reichstag ausdrücklich erörtert worden. Es lagen auch Anträge vor, Arbeitslose, die unter Bruch eines Tarifvertrages ausgesperrt sind, zu unterstützen und Arbeitslosen bei Ablehnung einer Arbeit, die durch einen Ausstand unter Bruch eines Tarifvertrages frei geworden sind, die Arbeitslosenunterstützung zu entziehen. Diese beiden Anträge sind aber abgelehnt worden.

Es ist mithin der Reichsanstalt nach der Fassung und Entscheidungsgeschichte des Gesetzes verwehrt, die Gründe und Ziele einer Kampfmassnahme nachzuprüfen und davon die Gewährung der Verweigerung der Arbeitslosenunterstützung abhängig zu machen.

Die weitere Frage, in welchen Fällen Arbeitnehmer, die durch die Ausperrung mittelbar arbeitslos geworden sind,

unterstützt werden dürfen, weil die Verweigerung der Arbeitslosenunterstützung eine unbillige Härte wäre, wird bei dem Umfang des Kampfes eine besondere Bedeutung gewinnen. Da sich die Ausperrung über den Bezirk eines Landesamtes hinaus erstreckt, ist der Vorstand selbst, durch zwei unparteiische Sachverständige verstärkt, für die Entscheidung der einzelnen Fälle zuständig. Er ist hierbei an die Richtlinien des Verwaltungsrates vom 27. März 1928 gebunden. Er wird innerhalb dieser Vorschriften die Notlage, die durch die Massenarbeitslosigkeit zu befürchten ist, in Betracht zu ziehen haben.

Soweit durch die Ausperrung mittelbar Kurzarbeit verursacht wird, findet § 94 AVOG nach Ansicht des Vorstandes keine Anwendung. Es darf also vorbehaltlich der Entscheidung im Rechtszuge beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen Kurzarbeiter-Unterstützung gewährt werden.

Soweit einweisen die Arbeitsämter auf eine Arbeitslosmeldung der ausgesperrten Arbeitnehmer während der Dauer der Ausperrung verzichtet haben oder noch verzichten und die vorläufige Arbeitslosmeldung als am 1. November 1928 erfolgt ansehen, erhebt der Vorstand hiergegen keine Einwendungen. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Frage, ob die Wartezeit des § 110 AVOG während der Dauer einer Arbeitslosigkeit durch Arbeitslosmeldung in Lauf gesetzt werden kann, nach dem Gesetz nicht zweifelhaft und im Spruchverfahren noch nicht grundsätzlich entschieden ist.

Bei der Entscheidung des Vorstandes der Reichsanstalt haben die Arbeitnehmer-Beisitzer für die Unterstützung gestimmt.

Die „Rechtsgründe“ der Eisenbarone

Termin der Nichtigkeitsklage erst am 16. November

Der Termin für die Verhandlungen über die beim Arbeitsgericht Duisburg eingereichte Nichtigkeitsklage des Arbeitgeberverbandes der nordwestlichen Gruppe ist auf den 16. November festgesetzt worden.

Die generelle Rechtsklage im großen Arbeitstempel der nordwestdeutschen Metallindustrie ist einfach. Die Handlungsweise der Arbeitgeber stellt einen glatten Tarifbruch dar. Sowohl die Gewerkschaften wie auch die Arbeiter, soweit sie Gewerkschaftsmitglieder sind, können Schadensersatzansprüche geltend machen. Hier liegen keine neuen Probleme vor, sondern Rechtsfragen, über die sich bereits eine herrschende Meinung gebildet hat. Das wissen auch die Arbeitgeber.

Wie steht es nun mit den drei „Rechtsgründen“, die die Arbeitgeber für die Ungültigkeit des Zwangsarbeitsvertrages geltend machen? Der Schiedspruch bzw. die Verbindlichkeitsklärung soll aus materiellen Gründen nichtig sein. Das Reichsgericht und auch das Reichsarbeitsgericht haben genügend oft entschieden, daß die Gerichte kein Recht haben, den materiellen Inhalt eines Rechtsanspruches nachzuprüfen. Ueber den materiellen Inhalt eines Schiedspruches entscheiden ausschließlich die Schlichtungsinstanzen. Die Gerichte sind an derartige materielle Entscheidungen ohne weiteres gebunden.

Die Verbindlichkeitsklärung soll ferner nichtig sein, weil der Schiedspruch allein mit der Stimme des Vorsitzenden der Schlichtungsaussschusses gefaßt worden ist. Diese Möglichkeit ergibt sich ohne weiteres aus § 21, Absatz 3 der Ausführungsverordnungen zur Schlichtungsverordnung vom Dezember 1923. Diese Rechtslage ist den Interessententeilen genau bekannt. In Tausenden von Fällen kam es zu Schiedsprüchen, die nur allein mit der Stimme des Vorsitzenden gefaßt worden sind. Niemand ist bisher bei diesen Fällen zu den Gedanken gekommen, die Rechtsgültigkeit der vorgenannten Schiedsbestimmungen zu bezweifeln. Dem Arbeitgeberverband der nordwestdeutschen Metallindustrie blieb das vorbehalten und er machte keine Zweifel zur Grundlage einer Ausperrung von Hunderttausenden. Dem Arbeitgeberverband ist genau bekannt, daß Reichsgericht und Reichsarbeitsgericht ständig entschieden haben, daß die Gerichte nicht befugt sind, die Einhaltung der Verfahrensvorschriften einer Nachprüfung zu unterziehen.

Der dritte „Rechtsgrund“ der Eisenbarone lautet: Die Erhöhung der Akkordlöhne im Schiedspruch widerspricht den Bestimmungen des weitergeltenden Mantel-Tarifvertrages. Die Feststellung, ob das stimmt oder nicht, kann Sache der Arbeitsgerichtsbehörden sein. Hier haben die Arbeitsgerichtsbehörden das Nachprüfungsrecht. Sie können feststellen, ob die Schlichtungsinstanzen ihre gesetzliche Zuständigkeit überschritten haben. Wir bezweifeln das. Wenn es der Fall wäre, dann würde es sich um folgendes handeln: die Erhöhung der Akkordlöhne beträgt 2 Pfennige. Das würde bei 48 Wochenstunden für den Arbeiter 96 Pfennige, bei 54 Wochenstunden 108 Pfennige ausmachen. Selbst wenn die Arbeitgeber glauben, daß sie diese Beträge nicht bezahlen müssen, wären sie doch in der Lage, das den Arbeitern bei den Lohnzahlungen zu sagen. Die Arbeiter könnten dann die Arbeitsgerichte anrufen. Auch die Verbände könnten diesen reinen Rechtsstreit um die Gültigkeit einer Bestimmung des Tarifvertrages vor den Arbeitsgerichten austragen. Aus einem derartigen Grund läßt sich aber niemals eine Ausperrung von Hunderttausenden rechtfertigen. Zur Entscheidung solcher Streitigkeiten sind ja die Arbeitsgerichtsbehörden da. Wegen solcher Streitigkeiten große Teile der Wirtschaft stillzulegen, ist unverantwortlich.

Das ist die „Gesamtschuldfrage“, auf die der Arbeitgeberverband der Metallindustrie Nordwest seine Ausperrung gründet. Sie ist ebenso wehrlos wie ihre Behauptung, der Schiedspruch sei wirtschaftlich nicht tragbar.

Große Anfrage der Landtagsfraktion des Zentrums zur Ausperrung

Berlin, 5. November. Die Zentrumsfraktion des preussischen Landtages hat zu der Ausperrung in Westdeutschland folgende Große Anfrage im Landtag eingebracht:

Der Staatsregierung ist bekannt, daß die Arbeitgeber in der Nordwestgruppe ihre Arbeiter zum Ersten dieses Monats entlassen haben, deren Zahl weit über 200 000 beträgt. Diese massiven Entlassungen führen bei längerer Dauer zum völligen Erliegen der rheinisch-westfälischen Industrie. Wir fragen an, ist das Staatsministerium bereit

1. Die Reichsregierung zu veranlassen, durch entsprechende Maßnahmen Sorge zu tragen, daß verbindlich erklärte Schiedsprüche von den Tarifvertragsparteien durchgeführt werden.

2. Auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß diese durch sofortige gesetzliche Maßnahmen die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter erwirkt.

3. Auf die Reichsregierung einzuwirken, daß den entlassenen Arbeitern für die Zeit der Beschäftigungslosigkeit die ihnen gesetzlich zustehende Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird.

Mehr Baukontrolleure

Das Risiko der Bauarbeiter wird, wie die furchtbaren Baukatastrophen der jüngsten Zeit gezeigt haben, von Jahr zu Jahr größer. Nur ein ganz energisch und großzügig durchgeführter Bauarbeiterstreik wird gegenüber dem von der Profitgier gewisser Bauunternehmer veranlaßten Spiel mit Menschenleben ausreichende Sicherheit schaffen. Profitgier — nichts weiter war die Ursache für die jüngsten Baukatastrophen in der Tschechoslowakei. Wie zu dem Einsturz eines Neubaus in Altschieben einwandfrei festgestellt wurde, war das Mischungsverhältnis von Zement zu Sand 1:18. Das behördlich zulässige Verhältnis ist jedoch 1:8, in Ausnahmefällen 1:10. Bei ungünstigen Bodenverhältnissen oder bei besonders großen Bauten, die ein härteres Fundament brauchen, ist eine Mischung von 1:6 erforderlich. Festgestellt wurde auch, daß minderwertiger Zement verwendet worden ist; ebenso wurde Sand zu den Mischungen verwendet, der infolge der Korngröße und Unreinheit die erforderliche Bindungsfähigkeit nicht besaß. Auf Deutsch: man sollte aus Dred ein Haus bauen, aus Dred Gold machen. Dieses Experiment mußten dann die Bauarbeiter mit ihrem Leben bezahlen.

In Prag werden zurzeit 300 Neubauten aufgeführt. Dabei stehen der Stadt Prag nur 23 Ingenieure zur Durchführung der Baukontrolle zur Verfügung. Daß unter diesen Umständen von einer behördlichen Überwachung der Bauten keine Rede sein kann, liegt auf der Hand. Damit ist aber auch festgestellt, daß die Behörden ebenso gestreift haben wie die Bauunternehmer.

Die Ursachen der furchtbaren Baukatastrophe in Vincennes (Frankreich) sind noch nicht vollständig untersucht. Sicherlich sind sie aber auch hier ganz ähnlicher Natur wie in Prag. Frankreich wie die Tschechoslowakei durchleben zurzeit, ähnlich wie Deutschland nach dem Krieg von 1870/71, eine Gründerperiode. Das Kapitalvermögen blüht und gedeiht. In beiden Ländern sind aber die Arbeiterorganisationen schwach und daher der Bauarbeiterstreik unzulänglich. Wie dringend notwendig die Verbesserung des Bauarbeiterstandes ist, sieht man schon an Deutschland, das dank der freien Gewerkschaften bessere Sicherungen für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter hat als Frankreich und die Tschechoslowakei und dennoch eine beträchtliche Zahl von Unglücksfällen aufweist. Die Zahl der angestellten Baukontrolleure aus Bauarbeiterkreisen und der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften ist zu gering. Auch in diesem Winter muß daher in den Parlamenten ein neuer Vorstoß für den Ausbau des Bauarbeiterstandes durch Vermehrung der Baukontrolleure erfolgen. Die Zunahme der Baukatastrophen in allen Ländern sollte ferner dem internationalen Arbeitsamt in Genf Veranlassung geben, Bauarbeiterstreik und behördliche Überwachung international zu fördern.

Die bescheidenen Textilindustriellen

Die Textilindustriellen verlangen, soweit bis jetzt über ihre Absichten bei den Ründigungen etwas verlautet, Verlängerung des alten Lohnabkommens bis zum 31. 12. 1930. Also um mehr als zwei Jahre!

Beendeter Lohnstreit

in der Rauch- und Schnupftabak-Industrie

Der seit Wochen andauernde Tarif- und Lohnstreit in der Rauch- und Schnupftabak-Industrie ist nunmehr zum Abschluß gebracht worden. Die Parteien schlossen einen neuen Reichsmantel- und einen Reichslohntarif ab. Danach wird die bisher zulässige 54wöchige Wochenarbeitszeit um drei Stunden vergrößert. Der Höchstlohn wird schon nach 22 anstatt wie bisher erst nach 24 Jahren erreicht. Der tarifliche Stunden- und Akkordlohn wird um durchschnittlich 8 Prozent erhöht.

Tagung der Bauarbeiterinternationale

Ihr Sitz bleibt Deutschland

Der Sitz der Bauarbeiterinternationale, die dieser Tage in Madrid ihre achte Konferenz abhielt, bleibt gemäß einer auf der Tagung angenommenen Entschließung in Deutschland. An Stelle des bisherigen Vorsitzenden, Baplow-Hamburg, wurde Bernhard-Hamburg zum Vorsitzenden gewählt. Nach einem Vortrag Bernhards über die Entwicklung des Achtkundentages in Deutschland nahm die Konferenz zur Arbeitszeitfrage eine Entschließung an, in der die Bauarbeiterinternationale erneut alle Organisationen der baugewerblichen Arbeiter zum Kampfe für die Erringung und Sicherung des Achtkundentages aufruft. Die Konferenz, so wird in der Entschließung betont, schließt sich den Forderungen des Pariser internationalen Gewerkschaftskongresses an und erhebt entschiedenen Protest gegen die Londoner Vereinbarung der Arbeitsminister von 1926, wonach die Konvention von Washington aus dem Baugewerbe in falscher Auslegung Anwendung finden soll. Die Konferenz beauftragt den geschäftsführenden Ausschuss der Bauarbeiterinternationale, periodisch Untersuchungen über den Stand der Arbeitszeit und aller Arbeitsbedingungen bei den baugewerblichen Verbänden aller Länder zu veranstalten und das Ergebnis der Erhebungen in dem Bulletin der Bauarbeiterinternationale zu veröffentlichen. — Die nächste Konferenz der Bauarbeiterinternationale findet 1930 in Prag statt.

Betriebsrätetage der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Eine Konferenz der Betriebsräte öffentlicher Betriebe und Verwaltungen, die vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einberufen war, fand dieser Tage in Udenburg statt. Nach Referaten von Baufe und Wed-Berlin wurden folgende Entschließungen einstimmig angenommen:

„Die Konferenz stellt mit Bedauern fest, daß die Unfälle im allgemeinen und vor allem auch in den Gemeinde- und Staatsbetrieben zugenommen haben. Das zeigt, wie unzulänglich die bisherige Bekämpfung der Unfallgefahren ist. Zur wirksamen Bekämpfung dieser Gefahren hält die Konferenz folgende Maßnahmen für dringend erforderlich: Vereinfachung der Arbeitsaufsicht und deren Übernahme auf das Reich, Ausdehnung der Arbeitsaufsicht auf alle Betriebe und Verwaltungen der Gemeinden, der Gemeindeverbände, der Länder und des Reiches, entsprechend den Vorschlägen des Reichsarbeitsrates, ferner weitgehende Förderung der Betriebsräte bei Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Pflicht, innerhalb des Betriebes, auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren zu achten, und Gewährung des Rechtes zu regelmäßigen Betriebskontrollen, damit sie in der Lage sind, die Betriebssicherheit dauernd zu überwachen.“

„Die Konferenz — so lautet die zweite Entschließung — erklart in der erhöhten Haftpflicht des Kraftwagenführers (neben dem Fahrzeughalter) für Schäden beim Kraftwagenbetrieb ein unbilliges Ausnahmerecht gegenüber allen anderen Arbeitnehmern und Führen von Kraftzeugen. Dieses Ausnahmerecht widerspricht auch dem sonst geltenden Grundsatz, daß derjenige allein für den Schaden aufzukommen hat, der in seinem Interesse einen gefährlichen Betrieb unternimmt. Die Konferenz fordert daher von den gesetzgebenden Körperschaften, die Sonderhaftung der Kraftwagenführer abzuschaffen.“

Heute abend um 19.30 Uhr

Betriebsräteschulung

im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses

Bevorstehende Fusionen in der Nidelindustrie

Seit langem sind in der Nidelindustrie Bestrebungen im Gange, die gesamte Westeuropäische Produktion in der Art zusammenzufassen, wie das zum Beispiel das internationale Kupferkartell getan hat. Für eine solche Fusion kommen in der Hauptsache zwei große Gesellschaften in Frage, die nordamerikanisch-kanadische International Nickel Company in New Jersey und die englische Mond Nickel Company. Die beiden Firmen dürften Außenstreiter von erheblicher Bedeutung nicht mehr haben. Mit ihrer Vereinigung, an der nicht mehr zu zweifeln ist, wird ein Produktionsmonopol geschaffen, das nicht seinesgleichen hat.

Als Grund der Fusion wird die Notwendigkeit zu realisieren, angegeben. Jedoch glaubt man, daß die Nidelindustrie die Fusion benutzen wird, um ihre bisher stabile Preispolitik — der Nidelpreis hat sich in London seit fast drei Jahren nur unwesentlich verändert — in Richtung einer scharfen Preiserhöhung auszuweichen und die Preise nach dem Beispiel des Kupferkartells zu steigern. Die Möglichkeit ist dafür vorhanden. Vor dem Kriege wurden nämlich über 50 Prozent der gesamten Nidelproduktion für die Rüstungsindustrie verwendet. Der Krieg brachte auch für die Produktion von Nidel einzig dastehende Rekordziffern, da die Rüstungsindustrie nicht genug Nidel erhalten konnte. Nach dem Kriege ging die Produktion stark zurück. Während 1927 die Rüstungsindustrie nur 5 Prozent des erzeugten Nidels aufnahm, wanderten 51 Prozent — 1910 nur 14 Prozent — in die Stahlindustrie. Die Edelstahl-, die chemische, die Armaturen-, die New-Silber- und vor allem die Autoindustrie verarbeiten heute jedoch Nidel in einem derartigen Ausmaß, daß die Rekordzifferen während des Krieges bei weitem überholt sind.

Die Voraussetzungen für eine starke Preissteigerung sind also gegeben.

Die europäischen Verbraucher werden also in nächster Zeit nicht nur in Form überhefter Kupfer, sondern auch in Form überhefter Nidelpreise ihren Tribut an die angelächelten Monopole zahlen müssen. So kostet der deutsche Kupferindustrielle die Preispolitik des internationalen Kupferkartells rund 40 Millionen Mark, die Deutschland infolge der Kupferpreiserhöhung in diesem Jahre mehr an das Ausland zahlen hat als im Vorjahre. Selbstverständlich ist, daß man nach Abhilfe sucht. In diesem Zusammenhang wird, ganz genau wie in der Kriegs- und Inflationszeit, der Kupferindustrielle die vermehrte Verwendung von Aluminium empfohlen. Wie von Fachseite behauptet wird, liegt eine solche Möglichkeit durchaus vor, da die Verwendung von Aluminium in der Industrie starke technische Verbesserungen erfahren hat.

Eine 40-Millionen-Anleihe der Preag

Die Verhandlungen der Preussischen Elektrizitäts-A.G. mit die Uebernahme einer Dollaranleihe in Höhe von 40 Millionen Mark stehen vor dem Abschluß. Ein Teil dieser Anleihe soll auf dem Londoner Markt zur Zeichnung aufgelegt werden. Die Anleihe selbst ist mit 6 Prozent zu verzinsen und hat eine Laufzeit von 25 Jahren. Die Preag (Preussische Elektrizitäts-A.G.) wird die Mittel zum Ausbau ihrer Betriebe verwenden. In Frage kommen unter anderem der Bau von Dampfstrahlkraftanlagen an der Oberaltaissee, die Verstärkung des Leitungssystems und die Anlage eines größeren Pumpenwerkwerkes zur Deckung der Spitzenleistungen.

Die österreichische Wareneinfuhr wird für die Zeit vom Januar bis September 1928 mit 2369,8 Millionen Schilling angegeben gegenüber 2199,8 Millionen Schilling in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Ausfuhr stellt sich auf 1614,7 Millionen Schilling (im Vorjahr 1452,7 Millionen Schilling). Der Einfuhrüberschuss hat sich demzufolge um 8 Millionen Schilling vergrößert.